

Evangelische Verantwortung

Neue Horizonte – neue Herausforderungen: Europa und die neuen Länder

Christine Lieberknecht

Als im Herbst 1989 die Mauern brachen, schlug nicht nur die Stunde der Freiheit, es öffnete sich nicht nur der Weg zur Einheit Deutschlands: Auch das Tor nach Europa wurde aufgestoßen. Ein Aspekt, der zunächst in der Freude über die Ereignisse in Deutschland selbst etwas in den Hintergrund geriet. Europa, das war zunächst das Feld, auf dem lang gehegte Reisewünsche in Erfüllung gingen. „Der Westen“ stand dabei natürlich im Vordergrund, aber auch im Osten wurde manches alte Urlaubsziel mit neuen Augen gesehen.

Inzwischen ist der erste Bedarf gestillt und andere Aspekte Europas schieben sich in unser Blickfeld. Die Europäische Gemeinschaft ist als Teil der politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit längst auch in den neuen Ländern eine feste Größe geworden. Die anfänglichen Sonderkonditionen werden schon bald der Geschichte angehören. Aus Adressaten werden Akteure europäischer Politik, von denen etwas erwartet wird.



Christine Lieberknecht: Die geistige Dimension Europas wird immer wichtiger

Vor allem wird aber die geistige Dimension Europas immer wichtiger für uns. Es geht darum, Anschluß an Traditionen unseres Kontinents zu gewinnen, die im real existierenden Sozialismus nur in einer verstümmelten Form oder gar nicht zugänglich waren. Die Fundamente, auf denen Europa ruht, sind griechische Philosophie, römisches Recht und christlicher Glaube.

Diese Grundlagen sind immer wieder umgearbeitet worden, sie haben sich in mannigfaltiger Weise ausgeprägt. Historisch haben sie sich immer wieder durchgesetzt. Der Sozialismus ist auch daran gescheitert, daß er diese Vielfalt in Einheit in ein enges und eindimensionales Dogmenkorsett zwingen wollte. Mit dem schwammigen Begriff „sozialistischer Gesetzlichkeit“ hat er das Recht pervertiert. Durch atheistische

Liebe Leser,

in wenigen Tagen beginnt in München der 25. Deutsche Evangelische Kirchentag.

Vor allem junge Menschen werden die Gelegenheit nutzen, um mit Freunden zu feiern, intensive Gespräche zu führen und neue Eindrücke zu gewinnen.

„Nehmet einander an“ ist die anspruchsvolle Losung, die in Bibelarbeiten, Vorträgen und Podiumsdiskussionen vielfältig aufgegriffen wird.

Der Kirchentag selbst wird dabei für uns zur Prüfung. In der konkreten Begegnung können wir erfahren, wie wir einander wahrnehmen und wie wir miteinander umgehen.

Ich wünsche uns allen, daß in München auch etwas von der geistlichen Tiefe spürbar wird, die aus der Fortsetzung des Losungswortes spricht: „Nehmet einander an, wie Christus euch angenommen hat zum Lobe Gottes.“

Herzlich einladen möchte ich Sie, wenn Sie in München dabei sind, den Stand von EAK, Junge Union und RCDS zu besuchen.

Wir sind auf dem Markt der Möglichkeiten in Halle 15, Stand 15 C 13.

Wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen.

Dr. Angela Merkel

Propaganda hat er die Fundamente der Ethik untergraben.

Die geistige Rückkehr nach Europa darf aber nicht nur als Versuch gewertet werden, sich dem westlichen Bewußtseins- und Diskussionsstand anzupassen. Sie schließt den Umgang mit den eigenen Wurzeln, mit den Auswirkungen des Sozialismus und die Frage nach dem eigenen Beitrag für das ganze Europa ein. Für alle Völker, die unter das kommunistische Joch gezwungen waren, umfaßt dieser Prozeß die Suche nach den Quellen des eigenen Selbstverständnisses und seiner europäischen Dimensionen.

Ganz Europa befindet sich im Übergang

Dies alles wird für Europa nicht ohne Folgen bleiben. Ganz Europa ist in einem Transformationsprozeß, in dem sich auch die Traditionen und Erfahrungen des mittleren und östlichen Europa zur Geltung bringen werden. Meinhard Miegel vermutet zu Recht, der Osten werde zwar eher verwestlichen, „aber auch der Westen wird Züge des Ostens annehmen“. Für Deutschland handelt es sich dabei um die Rückkehr in die kulturelle Normallage, über die unsere politische Einbindung in den Westen nicht gefährdet werden darf: Das ist eine zentrale politische Herausforderung der nächsten Jahre.

Diesen Bewußtseinszustand empfinden Bürger mit einer DDR-Biographie besonders deutlich: Bin ich als jemand, der mitten in Deutschland aufgewachsen ist, ein Kind des Ostens? Thüringen gehört zwar zu dem alten, geographischen Mitteldeutschland, aber es war auch Teil des kommunistischen Systems, das sich vom Pazifik bis an die Elbe erstreckte. Gehören wir schon dem Westen an, weil wir jetzt Mitglied der EG und NATO sind? Welchen Stellenwert hat die Erfahrung mit der sozialistischen Despotie? Welche älteren Kräfte wirken nach?

Durch unsere Geschichte, aus einer weniger selbstsicheren Bewußtseinslage und einem anders nuancierten Zugehörigkeitsgefühl heraus haben wir Erwartungen an Europa, wir stellen aber auch Ansprüche an uns selbst. Unsere Vorstellungen über eine tragfähige Ordnung Europas werden durch eine dreifach negative Erinnerung geprägt: Die Erinnerung an die Unfreiheit, den Zentralismus und den gesell-

schaftlichen Machbarkeitswahn der Sozialisten, die hybride Vorstellung, durch eine Erziehungsdiktatur den neuen Menschen schaffen zu können.

Gerade wer aus christlicher Überzeugung in der DDR widerstanden hat oder in die innere Emigration gegangen ist, wird das nicht vergessen können und jede weltliche Ordnung an dieser Erfahrung messen. Das gilt auch für den Anteil an der staatlichen Macht, den die Europäische Gemeinschaft hat oder noch erhalten wird. Das gerade nach Maastricht falsche, gleichwohl immer wieder kolportierte Bild einer zentralistischen Brüsseler Superbürokratie und das technokratische Erscheinungsbild der EG sind Faktoren in der Europadebatte, die gerade in den neuen Ländern nicht vernachlässigt werden dürfen.

Die Glaubwürdigkeit der Europapolitik hängt in Deutschland vor allem mit Blick auf die ehemalige DDR daher insbesondere davon ab, ob es gelingt, eine europäische Ordnung glaubhaft zu machen, in der Subsidiarität mehr als eine Worthülse ist; die dem einzelnen, kleinen Gemeinschaften, Körperschaften, Regionen und Staaten ein ausreichendes und verbrieftes Maß an Autonomie einerseits und Mitsprache andererseits verbürgt. Diese Zielvorstellung deckt sich im Kern mit Vorstellungen, die auch der Rat der EKD im Frühjahr 1992 in einem Positionspapier zu Europa formuliert hat.

Maastricht stellt entscheidende Weichen

Der Vertrag von Maastricht hat dafür einige entscheidende Weichen gestellt: Das Subsidiaritätsprinzip, der Regionalausschuß und die neuen Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder sind Anknüpfungspunkte für eine zukunftsfrüchtige Entwicklung. Es handelt sich hierbei allerdings nicht um einen „Selbstläufer“, sondern um eine Gestaltungsaufgabe. Der Rat der EKD hat das in dem zitierten Positionspapier klar formuliert: „Vertrauen auf eine von selbst einsetzende Entwicklung der EG zu einem subsidiären, partizipatorischen und föderalen Aufbau ist, auch angesichts der konkurrierenden Verfassungsmodelle der Mitgliedstaaten, nicht angebracht.“

Gerade der Protestantismus in den neuen Ländern, von einer Mehrheits- zu einer Minderheitenkirche zusam-

mengeschrumpft, weiß um die Bedeutung partikularer Identitäten. Vielgestaltigkeit und ein abgesicherter Wirkungsbereich haben viel mit Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen zu tun. Diese doppelte Erfahrung, die wir als Bürger und Christen in der DDR gemacht haben, wollen wir in die Europapolitik einbringen.

Für unsere Europapolitik ist aber auch der Wandel der neuen Länder vom äußersten Westen des Ostens zum Vorposten der EG in Mitteleuropa bedeutend. Viele derer, die mit uns gemeinsam vierzig Jahre oder mehr Sozialismus erlebt und erlitten haben, sehen in uns Glückliche, die das rettende Ufer erreicht haben. Die Erfahrungen, die wir mit der Transformation eines ganzen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftssystems machen, werden sorgfältig beobachtet.

An Deutschland und insbesondere die Politiker in den neuen Ländern richten sich dabei große Erwartungen. Wir können und dürfen uns diesen Erwartungen nicht mit dem resignierenden Hinweis, man müsse sie ja ohnehin enttäuschen, entziehen. Wenn wir Solidarität einfordern, dann nicht nur durch 40 Jahre gemeinsames Schicksal unter der Knute des Sozialismus und die Erfahrungen mit dem Versuch, „diesen Schrotthaufen von einem Land in eine nach europäischen Maßstäben vernünftige Gesellschaft zu verwandeln“. So hat den laufenden Wandlungsprozeß Monika Maron jüngst charakterisiert.

Deutschland braucht West und Ost

Gerade Deutschland hat ein vitales kulturelles, wirtschaftliches und sicherheits- und geopolitisches Interesse daran, daß die östlichen Nachbarvölker in die Europäische Gemeinschaft einbezogen werden. Über diese jüngste Zeitgeschichte hinaus haben wir ältere Beziehungen zum Osten. Für die neuen Länder ist der Osten aus historischer Sicht nicht weniger wichtig als etwa Frankreich. Als ein für Thüringen besonders augenfälliges Beispiel möchte ich Johann Gottfried Herder nennen.

Herder wurde im ostpreußischen Mohrungen geboren. Einem Ort, der von Thüringen besiedelt wurde. Der Name zeigt es. Nach Studien und Aufenthalt in Königsberg und Riga wurde Herder Hofprediger in Weimar. In der Stadt der deutschen Klassik

erschienen 1784 seine „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“. Vor allem in diesem Werk entwickelte Herder einen Volksbegriff, der das sogenannte „Erwachen“ der Völker im gesamten Osten Europas wesentlich beeinflusst hat.

Diese Wirkung hängt nicht nur mit dem berühmten Slawenkapitel dieses Werkes zusammen, das den osteuropäischen Völkern eine idyllische Zukunft verhieß. Es ging um einen völlig neuen Ansatz: Herder faßte das Volk erstmals als eine Gemeinschaft auf, die alle Schichten und Stände umfaßte und sich durch ihre Muttersprache konstituierte. Das war etwas völlig anderes als das Modell der Staatsnationen oder Staatsbürgernation, die sich mit der französischen Revolution im Westen durchgesetzt hatte.

Herder forderte, jede Kultur nach ihren eigenen Maßstäben zu würdigen und jeder ihren eigenen Wert zuzumessen. Das galt sowohl für die Kulturen untereinander, als auch für die Vergangenheit. Der Weimarer Hofprediger band die Nation an die Humanität und legte den Menschen einen weltbürgerlich anschlussfähigen und kritischen Patriotismus nahe.

Beispiele, die den Zusammenhang zwischen dem westlichen und östlichen Europa und die Rolle Deutschlands in diesem Kontext beleuchten, lassen sich in großer Zahl finden. Sie werden derzeit durch die konkreten Umstände verdüstert, in denen sich die Transformation im östlichen Europa zum Teil vollzieht. Was sich da vollzieht, haben aber auch intellektuell noch nicht verarbeitet. Es überfordert uns, weil 40 Jahre die klaren Kategorien des Kalten Krieges galten.

Die Einfachheit der europäischen Welt, von der einen Hälfte mit Unfreiheit teuer bezahlt, ist dahin. Seit 1989 ist nicht nur das System von Jalta und Potsdam zusammengebrochen, auch die Karten von 1919 sind in weiten Teilen zur Makulatur geworden. Heute ist Sarajewo, die Stadt, in der die Urkatastrophe unseres Jahrhunderts ihren Ausgang nahm, wieder zu einem Symbol geworden.

„Wir sehen die Herausforderungen, die sich mit der Bildung neuer Staaten im ehemaligen Herrschaftsgebiet der Sowjetunion, aber auch der Revitalisierung der europäischen Geographie, der europäischen staatlichen Verfaßtheit ergeben,“ schreibt Kurt Biedenkopf, „aber wir haben noch nicht ganz

ermessen – und es kommt auch noch nicht in unserem praktischen Handeln zum Ausdruck –, welche riesige Herausforderung hier auf Europa zukommt.“

Die östlichen Nachbarn sollen mitreden

Um sie zu meistern muß die europäische Gemeinschaft auch außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig werden, sie kann aber dabei kein exklusiver Klub der reichen westeuropäischen Nationen bleiben. Keiner hat das klarer ausgesprochen als Vaclav Havel: „Ihre wirkliche Identität suchen heute vor allem diejenigen, denen sie für lange Jahrzehnte streitig gemacht worden war, nämlich die Bürger und Völker, die bis vor kurzem in Unterdrückung lebten. Doch nicht nur das: zusammen mit ihnen muß sich notwendigerweise auch der demokratische Westen neu profilieren.“

Darin steckt ein berechtigter Anspruch auf Teilhabe, der nicht dadurch eingelöst wird, daß Brüssel den Takt vorgibt und die Beitrittskandidaten nur gehorsam mitsingen dürfen. Die EG braucht eine strukturelle Reform

an Haupt und Gliedern, wenn sie erweiterungs- und zugleich handlungsfähig werden soll. Der Versuch potentieller Mitglieder, dabei ein Wort mitzureden, ist legitim und folgerichtig. Bei allen berechtigten Einwänden gegen realitätsferne Terminzusagen könnte die EG dieses Thema durchaus beherrzter angehen.

Es wäre zweifellos anmaßend, wollten die neuen Länder in dieser Frage eine Makler- oder Fürsprecherfunktion für sich in Anspruch nehmen. Der Schuh ist eine Nummer zu groß, und wir haben genügend Probleme, die uns auf den Nägeln brennen. Gleichwohl wissen wir in vielen Fragen sehr gut, um was es geht. Mentalität, Orts- und Landeskenntnisse, zum Teil viele Jahre alte menschliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Bindungen, gemeinsame Erfahrungen und Aufgaben haben ihren Wert. Wir werden sie in den Dienst der von Vaclav Havel formulierten Erwartung stellen, weil nach der Teilung Deutschlands auch die Teilung Europas überwunden werden muß.

Anm.: Christine Lieberknecht, stellvertretende EAK-Bundvorsitzende, ist Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten für Thüringen.

Europa im Entscheidungsjahr 1993 Was „bringt“ Europa dem Bürger?

Klaus Weigelt

Nach dem Krisenjahr 1992 steht Europa mitten im Entscheidungsjahr 1993. Die Krise kam unerwartet, aber sie war heilsam. Sie riß Bürger und Politiker aus dem langweiligen europapolitischen Trott der letzten Jahre. Jetzt merkt man langsam, worum es eigentlich geht. Man diskutiert und kämpft, man lehnt ab und stimmt zu. Ideen und Interessen stehen wieder zur Disposition, das vermeintlich Selbstverständliche muß sich neu behaupten. Das ist gut so, denn nur so kann sich eine politisch gewollte Entwicklung in Europa auch im Bewußtsein der Menschen verankern. Deswegen kommt es heute mehr denn je darauf an, diesen Diskussionsprozeß im Auge zu behalten und zu steuern. Nicht ängstliche Defensive ist gefragt, sondern aufklärende Offenheit zugunsten eines Zieles, das Europa vor völlig neue, historisch einmalige Perspektiven stellt.

Am 1. Januar 1993 wurde der **Europäische Binnenmarkt** vollendet. Eine aufsehenerregende Entwicklung, die 1987 mit der Einheitlichen Europäischen Akte begann, fand damit ihren vorläufigen Höhepunkt und Abschluß. Das ist ein Erfolg, der in der Öffentlichkeit viel zu wenig Beachtung erfahren hat. Wieder einmal wird – vor allem in den Medien – das noch Unvollendete in den Vordergrund der Betrachtung gestellt und dadurch das Erreichte verstellt. Natürlich gibt es noch Probleme bei der Freiheit des Personenverkehrs wegen des noch

nicht verabschiedeten Schengener Abkommens, und es gibt auch einige Friktionen wegen der neuen Mehrwertsteuer-Regelung, die leider den Fehler aufweist, daß sie nicht schon jetzt das Ursprungslandprinzip anwendet. Aber der Fortschritt gegenüber der Zeit vor dem 1. Januar 1993 ist schon heute allenthalben, vor allem für den Bürger, spürbar.

Auf dem Weg der Ratifizierung

Der Vertrag über die Europäische Union von Maastricht ist nicht tot, wie

vieleorts bereits schadenfroh vermutet wurde, sondern er ist auf dem Weg der Ratifizierung. Ende 1992 hatten zehn von zwölf EG-Mitgliedern den Vertrag ratifiziert. Am 18. Mai 1993 werden die Dänen ein zweites Referendum durchführen, an dessen positivem Ausgang nur noch wenige zweifeln. Dann bleiben allein die Briten, die aber auch – spätestens im Herbst 1993 – dem Vertragswerk zustimmen wollen. Es hat nach dem ersten Referendum der Dänen am 2. Juni 1992 viel Kritik am Zustandekommen und an der Kompliziertheit des Maastrichter Vertrages gegeben. Selbst der Präsident der EG-Kommission, Jacques



An den Aufgaben müssen sich alle beteiligen!

Delors, bemerkte: „zweifellos wird dieser Vertrag nicht in die Literaturgeschichte eingehen.“ Tatsache ist aber auch, daß dieses „Ergebnis vielfacher Kompromisse“ den folgerichtigen Übergang vom Binnenmarkt über die Wirtschafts- und Währungsunion in die Politische Union beschreibt. Deswegen zeichnet sich auch eine Vorverlegung der für 1996 geplanten Regierungskonferenz ab. Der Maastrichter Vertrag ist deswegen in seiner Bedeutung der Einheitlichen Europäischen Akte der 80er Jahre mindestens ebenbürtig. Schon in wenigen Jahren wird kaum mehr verständlich sein, warum über diesem Vertrag eine derartige Turbulenz entstanden ist.

Am 1. Februar 1993 haben die **Beitrittsverhandlungen** mit Schweden, Finnland und Österreich, am 5. April 1993 diejenigen mit Norwegen begonnen. Auch das Interesse am Beitritt, das zahlreiche Staaten im Mittel- und Osteuropa teilen, beweist die äußere Anziehungskraft der EG, die in einem merkwürdigen Gegensatz steht zur gegenwärtigen selbstkritischen Grund-

haltung im Innern, die in der Gefahr steht, die positiven Anstöße der Beitrittskandidaten zu behindern. Es geht zum einen um den Anstoß zur parallelen Reform der Institutionen der EG und ihres Verhältnisses zueinander, zum anderen geht es um die Frage, wie aus der westeuropäischen konzipierten und gewachsenen EG eine europäische wird und wie weit dieser Europabegriff in der Realität greifen soll. Die Beantwortung dieser Fragen ist dringlich, und sie wird durch die Beitrittsverhandlungen gefördert.

Problemfelder der Entwicklung

Am 1. Januar 1994 beginnt die zweite Stufe der **Wirtschafts- und Währungsunion** nach dem Zeitplan von Maastricht. Dazwischen liegen noch die Gipfeltreffen von Kopenhagen (Juni 1993) und Brüssel (Dezember 1993), auf denen sicher auch wirtschaftspolitische Entscheidungen getroffen werden müssen. Zur Zeit lähmen zwei Problemfelder die Entwicklung: ganz Europa steckt in einer wirtschaftlichen Rezession, und zwischen Europa und den USA bahnen sich Konflikte in den Handelsbeziehungen an. Die Rezession hat dazu geführt, daß augenblicklich kein EG-Mitglied die wirtschaftlichen Konvergenzkriterien erfüllt, die in Maastricht vereinbart wurden. Das ist eine erhebliche Hypothek für den bevorstehenden 1. Januar 1994. Der Handelskonflikt mit den USA gefährdet nicht nur die Beziehungen mit dem wichtigsten transatlantischen Partner der EG, sondern auch das Ergebnis der Uruguay-Runde des GATT und damit den freien Weltmarkt. Nationale Interessen drohen, die EG mit dem gefürchteten Ruf einer „Festung Europa“ dauerhaft protektionistisch und dirigistisch werden zu lassen und sie damit erheblich zu schädigen. Dieses Problem wird die nächsten Gipfel beschäftigen müssen.

Im Juni 1994 finden die nächsten **Europawahlen** statt. In Deutschland müssen sich diese Wahlen neben 18 weiteren im Verlaufe des Jahres 1994 behaupten. Aber nicht nur dieser Umstand macht diese Wahlen besonders schwierig. Noch ist gar nicht klar, wieviele Abgeordnete Deutschland wählen wird: 81 oder 99? Wird Maastricht nicht ratifiziert, dann bleiben es 81. Schaffen es die Briten noch und werden auch die Beschlüsse von Edinburgh ratifiziert, dann können 99 Abgeordnete gewählt werden. Wie wahrscheinlich das ist, darüber gibt es sehr

unterschiedliche Ansichten. Klar ist nur, daß eine europapolitische Wahlkampfstrategie sehr viel offensiver und auch erfolgreicher – vor allem in der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Gruppierungen – geführt werden kann, wenn es um 99 Abgeordnete geht.

Eine andere Hypothek, die im Wahlkampf eine Rolle spielen wird, ist das Versagen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EG im Balkankrieg. Die Untätigkeit der europäischen Regierungen angesichts des hunderttausendfachen Leidens und Sterbens der Menschen in dieser europäischen Region wird von den Bürgern hierzulande nicht verstanden und wird in den Wahlentscheidungen des Jahres 1994 ihren Niederschlag finden. Gerade dieser Krieg hat die ohnehin vorhandene Krisenstimmung in Deutschland, die ganz andere Gründe hat, noch verstärkt.

Zuversicht der Menschen stärken

Diese Krisenstimmung, die sich während des Jahres 1992 wie Mehltau über die politische Landschaft Deutschlands und Europas gelegt hatte, ist noch nicht ganz verfliegen. Dem Rausch der Gefühle nach der Maueröffnung und der deutschen Einheit, dem befreienden Schwebezustand nach dem Sturz des Kommunismus und dem Ende des Ost-West-Konfliktes folgte eine tiefe Bewußtseins- und Vertrauenskrise bisher unbekanntem Ausmaßes. Der Schock angesichts der unabwiesbaren Gewißheit, jahrzehntelang mühsam angestrebte Ziele plötzlich, fast ohne eigenes Zutun, erreicht zu haben, verband sich mit einer unerklärlichen Lähmung der Zuversicht, das Ausmaß der Probleme – das man zunächst gründlich unterschätzt hatte – angemessen bewältigen zu können, ungeachtet der positiven Tendenz dieser Probleme im Vergleich zu den durch die historische Entwicklung über Nacht verschwundenen. Dem Jubel über die Einheit folgten Verteilungskämpfe, der Freude über die gewonnene Freiheit und Demokratie für die bisher unterdrückten Völker setzten Abgrenzung und Beharren auf eigenen Besitzständen ein Ende.

So gesehen haben, aus christlicher Verantwortung bewertet, die **innerdeutsche und die europäische Entwicklung** eine gemeinsame Wurzel: das Festhalten an kurzfristigen Eigeninteressen und die Blindheit gegenüber größeren Zusammenhängen und den

mit ihnen mittel- und längerfristig geförderten eigenen Zielen. Die nach vielen Jahrzehnten endlich mögliche Zukunftsgestaltung für das ganze Deutschland wird bedenkenlos gefährdet durch das Beharren der gesellschaftlichen Gruppen und der Gebietskörperschaften auf unsinnig hochgeschraubten Forderungen und Zielen. Die Zukunft Europas als Europäische Union wird ebenso bedenkenlos riskiert durch Renationalisierungs- und Regionalisierungstendenzen, die für sich genommen einen Anachronismus darstellen, wenn sie nicht in den inzwischen gewachsenen europäischen Rahmen einbezogen werden.

Man könnte diese allgemein menschliche Haltung angesichts bedeutender historischer Prozesse nun theologisch zu interpretieren versuchen, etwa im Sinne mangelnder Zuversicht der Menschen in einer säkularisierten Welt; aber das ist hier nicht das Thema. Es soll nur der Hintergrund der Krise und der Krisenstimmung angedeutet werden, weil sie in der gegenwärtigen Diskussion ebenso wie in den Wahlkämpfen des kommenden Jahres strategisch aufgenommen werden müssen.

Es geht auch darum, Europa nicht nur geographisch oder politisch zu definieren. Das reicht nicht aus. Wir müssen deutlich machen, daß Europa in erster Linie als ein Raum begriffen werden muß, der die Bürgerrechte garantiert. Keine Idee ist europäischer als die Idee der Menschen- und Bürgerrechte, der Freiheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit für alle. Weil das so ist, stehen viele Menschen ja schockiert vor den Entwicklungen im früheren Jugoslawien und fragen, welchen Beitrag Europa zur Beendigung des Krieges leisten kann.

Ich möchte bewußt auch an das Leid vieler Frauen im ehemaligen Jugoslawien erinnern, die in ihren Leiden auch für einen Teil Europas stehen. Ihr Schicksal zeigt, daß Frauen nicht nur der Gewalt ungeschützt gegenüberstehen, sondern daß sie durch psychischen Terror und durch Vergewaltigungen in ihrer Seele verletzt werden. Dies hat die Öffentlichkeit wachgerüttelt und zu einer einmütigen Verurteilung geführt.

Dr. Angela Merkel, MdB,
EAK-Bundsvorsitzende

Politisch hat die Krisenstimmung durchaus auch **positive Seiten**, die in der heutigen Diskussion über die Zukunft Europas zu wenig herausgehoben werden. Auf der einen Seite steht die Kritik. So wurde 1992 das Abklingen des Gemeinschaftsdenkens beklagt und das Wiederaufleben nationaler Interessen; es wurde in Deutschland der Verlust der DM befürchtet



Europa wird eins

und eine Inflationgemeinschaft in Europa; Protektionismus, Dirigismus und Bürokratismus statt Wettbewerb und Sozialer Marktwirtschaft; kurz und gut: die Deutschen sehen sich in Europa als die großen Verlierer ihrer Grundsätze, Ideale und vor allem materiellen Vorteile. Europa wird – je näher seine Verwirklichung rückt – zunehmend als Last und Risiko und nicht mehr wie früher als Zukunft und Gewinn gesehen und empfunden, trotz der eingangs erwähnten Fortschritte in diesen Monaten und der für jeden Gutwilligen erkennbaren Vorteile gerade für die Deutschen.

Gemeinschaftsdenken in Europa

Andererseits setzt hier die bisher zu wenig beachtete positive Entwicklung ein. Sie besteht darin, daß 1992 neben den erzielten Ergebnissen eine Reihe von Fragen erstmals aufgetaucht sind, deren Beantwortung nun ernsthaft versucht wird. Und diese Debatte bringt den Einigungsprozeß wirklich voran, denn bisher gab es eine **europapolitische Diskussion in einer größeren Öffentlichkeit** kaum. Die europäische Entwicklung vollzog sich im wesentlichen administrativ, auf diplomatischer Ebene und unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Jetzt aber fragt man auf einmal: Wie soll das zukünftige Europa überhaupt aussehen, organisiert sein, regiert werden? Welche Rolle sollen dabei die bereits bestehenden europäischen Institutionen Kommission, Rat und Europäisches Parlament spielen, und was bleibt für den Bundes-

tag und die Länderparlamente, die Bundes- und die Landesregierungen? Wo bleiben die Kommunen? Was „bringt“ Europa dem Bürger? Wie soll die gemeinsame europäische Währung aussehen? Wie soll sie geschützt wer-

Die Werteorientierung muß wieder sichtbar werden

So wie es eine deutsche Verantwortung für ganz Europa gibt, gibt es auch eine europäische Verantwortung für die restliche Welt. Diese Verantwortung kann erfolgreich nur wahrgenommen werden, wenn Europa seine abendländisch-christlichen Wurzeln nicht verdorren läßt, sondern noch mehr als bisher aus diesen ewigen Quellen schöpft. Europa braucht die christlichen Werte zum täglichen Überleben und zur Erfüllung seiner friedensstiftenden und helfenden Aufgaben für die Welt. Wertneutraler Pragmatismus und bloßes Austarieren von Interessen reichen angesichts der Dimension der neuen Probleme nicht mehr aus.

Dr. Ingo Friedrich, MdEP, April 1993

den vor Inflation? Gibt es ein Gemeinschaftsdenken in Europa? Kann sich ein solches Gemeinschaftsbewußtsein angesichts der Sprachen- und Kulturvielfalt überhaupt herausbilden, oder ist das gar nicht wünschenswert? Wie aber soll man dann ein solches Europa überhaupt regieren können? Wie groß soll es eigentlich werden? Jetzt sind es 12 Mitglieder, bald mit Schweden, Finnland, Österreich und Norwegen 16; wieviele Mitglieder stellt man sich insgesamt vor?

Wer so fragt, kann an einer positiven und stetigen Weiterentwicklung Europas auf festem Grund interessiert sein und sollte nicht gleich als Europakritiker abgetan werden. Es ist zu wünschen, daß sich viele Bürger in unserem Land an der Diskussion dieser Fragen aktiv beteiligen. Denn nur so kann man die derzeitige Kritik produktiv überwinden und das Interesse an europäischen Fragen wieder in die richtige Richtung lenken. Vor allem aber kann man so den zu erwartenden Angriffen von rechts auf den europäischen Gedanken wirkungsvoll begegnen. An dieser Aufgabe müssen sich alle beteiligen, denn – trotz aller berechtigten und sicher weiterführenden Kritik – : Europa ist und bleibt unsere Zukunft!

Ann.: Klaus Weigelt, Mitglied im EAK – Bundesvorstand, leitet das Europa-Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel.

Jugend und Europa – Analysen, Instrumente und Visionen

Wolfgang Lenz

Im folgenden wird versucht, einige Schlaglichter auf mögliche deutsche Beiträge zu einer zukunftsorientierten europäischen Jugendpolitik zu werfen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Abgeschlossenheit – eben als Beitrag zur Diskussion.

Da zum einen die meisten jugendbezogenen EG-Programme 1994 auslaufen und zum anderen die Bundesrepublik in der zweiten Jahreshälfte 1994 die EG-Präsidentschaft übernehmen wird, stellt sich die Frage nach dem politischen Willen und – sollte dieser gegeben sein – nach der politischen Phantasie und Überzeugungskraft für eine deutliche jugendpolitische Profilierung der deutschen Präsidentschaft. Die Bundesregierung sollte sich nicht auf den Standpunkt stellen: Wir haben eines der besten Jugendförderungssysteme – was schert uns Europa. Auch wenn es – hoffentlich – nie eine gleichgeschaltete europaweite Jugendpolitik geben wird, so werden jugendbezogene Maßnahmen der EG doch ohne Zweifel an Bedeutung gewinnen und – auf längere Sicht – die nationalen Politiken nicht unberührt lassen. Deshalb kommt es darauf an, welche politische Kultur sich in diesem Politikbereich herausbildet, welche Typen von Politikmustern und welche politischen Logiken angewendet werden. Es fällt auf, daß Konzept und Form der jugendbezogenen EG-Initiativen im wesentlichen politischen Mustern folgen, die sich von unseren jugendpolitischen Traditionen deutlich unterscheiden, so z.B. in der Implementierung eher symbolischer jugendpolitischer Projekte (Europäische Jugendkarte, Jugendinformationszentren). Auch die zunehmende Fixierung auf den Hochschulbereich einerseits und die berufliche Bildung andererseits sowie die damit einhergehende stiefmütterliche Behandlung dessen, was bei uns Jugendpflege heißt, gehört in diesen Kontext.

Während das deutsche duale System der beruflichen Bildung zum Exportschlagler geworden ist, hat die – früher allseits bewunderte – deutsche Jugendpolitik im engeren Sinn kaum Ausstrahlungskraft auf Europa – obwohl man aus unserer bundesdeutschen Erfahrung sagen muß, daß es gerade das

Paket aus qualifizierter schulischer und beruflicher Bildung im Verbund mit weitreichenden jugendpolitischen Integrationsstrategien war und ist, was die vergleichsweise guten Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen und ihres Hineinwachsens in die Gesellschaft ausmacht (auch wenn dies keine Garantie für reibungslose Integration ist, wie man zur Zeit beobachten kann).

Dies sollte uns anspornen, darüber nachzudenken, was aus deutscher Sicht und aus langer jugendpolitischer Erfahrung sinnvollere in die europäische Diskussion eingebracht werden kann, auch wenn es dabei natürlich nicht darum gehen kann und darf, Europa nach deutschem Muster einzurichten.

„Erlebbares Europa“ fördern

Das Jahr 2020 mag weit weg erscheinen, aber wir sollten uns vor Augen halten, daß Kinder, die 1990 geboren wurden, um 2020 in verantwortliche Positionen rücken und damit die Zukunft Europas mitgestalten werden. Insofern kommt es darauf an, welche Europabilder sich bei ihnen herausbilden. Neuere Untersuchungen dazu zeigen durchweg ein großes Interesse an Europa, lassen aber auch spezifische Probleme erkennen. So stellt Melanie Piepenschneider z.B. fest: „Das erlebbare Europa“ wird überhaupt nicht von Berufsschülern artikuliert... Auffällig ist noch, daß das „pragmatische Europa“ von Berufsschülern nicht artikuliert wird.“ Geht man davon aus, daß die lebensweltnahe Kategorie des „erlebbar Europas“ wahrscheinlich einer der langfristig wirksamen und tragfähigen Grundlagen einer positiven und offenen Haltung gegenüber Europa beschreibt und daß sie nur durch konkretes Erleben gefestigt werden kann, so wird hier bereits eine zielgruppenbezogene Herausforderung deutlich.

Eine zukunftsorientierte europäische Jugendpolitik braucht neben besseren und zahlreicheren Analysen auch neue Konzeptionen, die die bisher zersplitterte Vielfalt der Pro-

gramme zusammenbinden und effektiver machen können. Bei der Frage, wie man zu solchen Konzeptionen kommt, läßt sich Sinnvolles aus der deutschen Erfahrung des partnerschaftlichen Zusammenwirkens von Staat und freien Trägern lernen.

Offener Europäischer Jugenddialog

Neben den im Kinder- und Jugendhilfegesetz vorgesehenen Beteiligungsformen freier Träger an der Jugendhilfeplanung ist es vor allem auch eine breite Fachdiskussion im vorparlamentarischen Raum, die – wenn sie einigermaßen gelingt – nicht nur zur Qualifizierung der Jugendpolitik beiträgt, sondern auch zu einer größeren Akzeptanz. In diesem Feld haben z.B. die Ev. Akademien mit ihrem „Zukunftforum Jugend 2000“ versucht, außerhalb der etablierten oder formalen Strukturen eine Plattform für diskursive Jugendpolitik zu schaffen. Es fehlt bisher weitgehend ein Fachdialog über Jugend, in dessen Rahmen zwischen Politikern und Vertretern von Administrationen, Jugendforschern und Praktikern sowie weiteren Gruppen, deren Wirken die Lebenswirklichkeit von Jugendlichen erheblich beeinflußt, qualifiziert um gemeinsame Perspektiven gerungen wird. Weder die Kontakte der Regierungsbehörden, die an nationale Politiken gebunden sind, noch die bisher viel zu schwachen europäischen Vertretungen von Jugendorganisationen oder die wissenschaftlichen Kooperationszusammenhänge allein reichen aus. Es müssen mehr Möglichkeiten geschaffen werden für einen offenen europäischen Jugenddialog, dessen Rahmen perspektivische Diskurse möglich sind und in dem politische, wissenschaftliche, administrative und praxisbezogene Diskussionsstränge zusammenfließen können. Dies ist keine Garantie für eine bessere Jugendpolitik, aber eine wichtige Voraussetzung. Es bedeutet aber auch, daß dafür Mittel bereitgestellt werden müssen.

Jugendgewalt und rechte Tendenzen unter Jugendlichen sind ein europaweites Phänomen. Trotzdem wird die Diskussion weitestgehend nur im jeweils nationalen Rahmen geführt. Dies ist jedoch nicht nur ein Beispiel für eine Problematik, die in einem europäischen Jugenddialog behandelt zu werden verdient; es schließt sich die weitergehende Frage an, ob es nicht eines europäischen Early Warning Systems bedarf, in dessen Rahmen durch konti-

nuierliche Beobachtung und Erfahrungsaustausch zwischen Fachleuten versucht wird, möglichst frühzeitig länderübergreifende Trends auszumachen und in ihrer jugend- bzw. gesellschaftspolitischen Relevanz abzuschätzen.

Auch wenn der erste politische Anlauf zu einem Europäischen Jugendbericht nicht sonderlich erfolgreich war, sollte dies kein Anlaß sein, diesen Plan aufzugeben. Es ist ganz unzweifelhaft, daß die Jugendberichte der Bundesregierung (unabhängig von ihrer jeweiligen Qualität im einzelnen) ein sinnvolles und qualifizierendes Instrument einer vorausschauenden Jugendpolitik sein können. Je inklusiver der Prozeß der Erstellung solcher Berichte, ihrer Diskussion und Umsetzung ist, umso wirksamer werden sie sein.

Aktionsprogramme sind bisher das Hauptinstrumentarium der EG-Politik, so auch bei den jugendbezogenen Maßnahmen. Hier soll einmal nicht die modische Klage über die Unübersichtlichkeit, Undurchschaubarkeit der vielen Programme und die bürokratischen Hürden geführt werden, die man überwinden muß, bevor man in ihren Genuß kommt. Dies ist sicher alles richtig und auch berechtigt; trotzdem hat sich in vielen Fällen (z.B. Jugend für Europa) ein Netz von flexiblen und kompetenten Serviceeinrichtungen gebildet, das über qualifizierte Hilfestellungen bei der Beantragung von Mitteln hinaus längst eine viel weitergehende fachliche Qualität gewonnen hat. An dieser Stelle soll – jenseits aller haushaltsbezogenen Einparänkungen – einmal an einigen Beispielen gezeigt werden, in welchen Bereichen neue oder veränderte EG-Jugendförderungsprogramme sinnvoll sein könnten.

Erlebbares Europa

Wenn das erlebbare Europa für alle jungen Menschen zugänglich sein soll, dann müssen potentiell alle jungen Menschen in Europa zumindest einmal während ihrer Jugendzeit die Chance haben, für eine gewisse Zeit im Ausland zu leben. Mit „im Ausland leben“ ist gemeint, daß es sich nicht um einen touristischen Besuch handelt, auch nicht um die Ausnahmesituation eines Jugendaustauschs (dessen Bedeutung damit allerdings in keiner Weise bestritten werden soll), sondern um eine längere Zeit (mindestens vier Wochen) des Lebens, Arbeitens und Lernens im

Alltag eines anderen Landes. Das von Delors vor einiger Zeit vorgeschlagene schulbezogene Programm „Klasse 92“ weist in die richtige Richtung. Hier könnte – aktuelle Entwicklungen aufnehmend – auch ein neues Feld für das Zusammenwirken von Schule und außerschulischer Jugendarbeit liegen.

Jugend und Demokratie

Im Rahmen des Phare-Programms werden auch in bescheidenem Ausmaß Projekte zur Förderung der Demokratieentwicklung in Mittel- und Osteuropa gefördert. Wenn man weiß, daß sich die grundlegenden Vorstellungen über die Gesellschaft und die sie gestaltenden Prinzipien im Jugendalter bilden, dann ist nur ein logischer Schritt, die Entwicklung einer demokratischen politischen Jugendbildung in den neuen Demokratien Osteuropas zu unterstützen.

Außerdem sollten alle Jugendförderungsprogramme der EG in einem bestimmten Ausmaß für Teilnehmer aus osteuropäischen Staaten geöffnet werden. Einer solchen Regelung ist aus pragmatischen Gründen in der Regel der Vorrang zu geben vor der Einrichtung von speziellen Förderungsprogrammen für diese Region, soweit solche Programme ähnliche Typen von Aktivitäten fördern wie bestehende Programme.

Es wurde bereits ausgeführt, das Jugendgewalt und rechte Tendenzen zur Zeit ein europäisches Phänomen sind. Es erscheint sinnvoll, ein zeitlich begrenztes Aktionsprogramm zur Bekämpfung von rassistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen aufzulegen. In diesem Rahmen könnten spezielle Projekte unterstützt werden, die grenzüberschreitend zusammenarbeiten, könnte der Dialog für Fachkräfte und Verantwortliche über den Umgang mit diesem Problem befördert, könnten schließlich exemplarische Forschungsprojekte unterstützt werden, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern untersuchen sowie der Frage nachgehen, ob es sich sozusagen um eine konjunkturelle jugendliche Protestwelle handelt oder um ein strukturell bedingtes Phänomen, mit dem wir längerfristig rechnen müssen.

Das bisher als Experiment zaghafte begonnene Programm zur Förderung von langfristigen Freiwilligenaufenthalten im Ausland verdient eine Aus-

weitung. Ein halbes Jahr oder länger im Ausland zu leben und zu arbeiten, macht Europa konkret erfahrbar und prägt häufig für den Rest des Lebens, es fördert die Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement und zur Übernahme von Verantwortung. Allerdings kommt es darauf an, zugleich qualitative pädagogische Standards für die Freiwilligeneinsätze zu sichern.

Die Bundesrepublik gehört zwar zu den Schlußlichtern bei der Einführung der Europäischen Jugendkarte, wird aber – wenn dieses Unternehmen hierzulande Erfolg hat – schon allein durch die zu erwartende große Zahl der Kartennutzer – entscheidend zur Dynamik dieses Projekts beitragen. Hier ist es notwendig, mit Fingerspitzengefühl und Phantasie eine jugendpolitische Profilierung der in manchen Ländern eher kommerziell ausgerichteten Karte zu fördern.

Prinzipien und Visionen

Wenn Subsidiarität in Europa nicht nur eine leere Hülle sein soll, dann müssen gerade im Bereich jugendpolitischer Aktivitäten und Strategien Prinzipien die Zusammenarbeit zwischen EG, Mitgliedsstaaten und freien Trägern prägen, die dem Prinzip der Subsidiarität substantiell Rechnung tragen, beginnend bei der Art und Weise, wie die Bundesregierung ihre Präsidentschaft jugendpolitisch plant und vorbereitet:

- Transparenz in bezug auf Entscheidungsprozesse.
- Inklusivität: nicht nur die großen etablierten Organisationen beteiligen, sondern auch Raum schaffen für kleine Initiativen und Gruppen.
- Kohäsion/Koordination/Flexibilität: Die Zersplitterung der vielen jugendbezogenen Förderungsprogramme sollte überwunden werden zugunsten eines kohärenten Systems von jugendbezogenen Angeboten mit einer wirkungsvollen Koordination zwischen den einzelnen Maßnahmebereichen (auch in bezug auf die interministerielle Kooperation und Koordination auf der nationalen Ebene!). Die Delegation des Managements einzelner Programme an kleinere Einheiten muß dabei nicht unbedingt aufgegeben werden; sie dient in vielen Fällen der Flexibilität. Die Idee eines Europäischen Jugendplanes kann als Leitlinie dienen.

- Partizipation: Der von der Jungen Union unterstützte Vorschlag für ein Europäisches Jugendwerk, das eine gewisse Unabhängigkeit von der EG-Administration haben sollte und nach dem Prinzip des Co-Management zu führen wäre, erscheint als Schritt in die richtige Richtung.
- Diskursorientierung: Wenn Planung und Implementierung europäischer Jugendpolitik diskursiv gestaltet werden, wird nicht nur ihre Akzeptanz erhöht, sondern auch die Bereitschaft, sie verantwortlich mitzutragen.

Maastricht ist keine Vision, und wäre es eine, so müßte man heute nüchtern feststellen, daß sie die Herzen der Bürger und Bürgerinnen, zumal der jüngeren, nicht erreicht hat. Die Debatte um Maastricht und die Referenda in Dänemark und Frankreich haben aber gezeigt, daß die Bedeutung der „weichen“, also der kulturellen und bewußtseinsmäßigen Aspekte der europäischen Integration gegenüber den „harten“ wirtschaftlichen und rechtlichen Faktoren unterschätzt worden ist. Und der Fall Jugoslawien zeigt, daß Europa nicht in der Lage sein wird, eine einflußreiche und wirkungsvolle Rolle in der Welt zu spielen, wenn es nicht gelingt, eine kohärente Außenpolitik zu formulieren, die auf einem von allen geteilten Wertekonsens beruht – und auch dieser muß nicht etwa nur von den jeweils regierenden Eliten, sondern von der breiten Masse der Bevölkerungen mitgetragen werden.

Jugendpolitische Weichen stellen

Nach dem Krieg war bis in die 60er Jahre hinein Versöhnung und Verständigung das Leitthema der internationalen Jugendarbeit, seit den 70er Jahren trat multikulturelles Lernen als Zielvorstellung hinzu. Es ist wieder an der Zeit für einen Perspektivenwechsel, für ein neues Paradigma, das über die bisherigen hinausgeht, sie impositiven Sinn überschreitet und zugleich bewahrt. Es könnte „Miteinander leben und hoffen lernen“ heißen. Miteinander leben könnte auch heißen: miteinander teilen lernen. Miteinander hoffen lernen könnte bedeuten: um gemeinsame Werte und Visionen streiten; nicht im Sinne einer europäischen Einheitskultur, sondern auf der Basis einer versöhnten Verschiedenheit.

Jugendpolitik erscheint häufig als ein Politikfeld von untergeordneter

Bedeutung, ein Feld in dem sich der politische Nachwuchs warmlaufen darf oder gar als überhaupt entbehrlich. Und sicher hat Jugendpolitik es in der Zukunft noch schwerer als bisher, sich in den alternden europäischen Gesellschaften Gehör zu verschaffen. Festzuhalten ist jedoch, daß im Jugendalter die grundlegenden politischen und moralisch-ethischen Haltungen und Vorstellungen ausgebildet werden. Festzuhalten bleibt auch, daß Jugend heute mehr denn je eine gesellschaftliche Veranstaltung ist. Jugendpolitik – oder wem das lieber ist: der Umgang, den eine Gesellschaft mit ihrer Jugend pflegt – trägt somit eine erhebliche

Mitverantwortung für mittel- und langfristig wirksame gesellschaftspolitische Weichenstellungen. Wir müssen eine Vorstellung (kein fixes Modell!) von Europa im Jahr 2020 haben, wenn wir wissen wollen, mit welchen Zielen wir heute Kinder- und Jugendpolitik betreiben sollen.

Es gibt also mehr als einen Grund, warum die Bundesrepublik ihre EG-Präsidentschaft 1994 nutzen sollte, um auch im jugendpolitischen Bereich zukunftsweisende Akzente zu setzen.

Ann.: Wolfgang Lenz, Bundestutor, ist für die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftliche Jugendbildung tätig.

Deutsch-Polnisches Jugendwerk: Eine spannende Aufgabe

Michael Lingenthal

Seit dem 1. Januar 1993 ist das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) für die Förderung des Jugendaustauschs zwischen Deutschland und Polen zuständig. Zum ersten Mal in der Geschichte unserer Länder ist eine gemeinsame, unabhängige, überstaatliche und überparteiliche Institution für die Förderung des Jugendaustausches verantwortlich.

Die Idee für das Deutsch-Polnische Jugendwerk hatten Politiker schon in den 70er und 80er Jahren vorgetragen, doch erst die freiheitliche Revolution in Polen mit dem Übergang zur Demokratie ermöglichte eine ernsthafte Konkretisierung. Bundeskanzler Kohl und zunächst Premierminister Mazowiecki, später Premier Bielecki, förderten das Vorhaben und ermöglichten das „Abkommen über den deutsch-polnischen Jugendaustausch“ vom 10.11.1989 und das „Abkommen über das Deutsch-Polnische Jugendwerk“ vom 17.6.1991. Beide Abkommen bilden die rechtliche Grundlage für das Jugendwerk.

Das Ziel des DPJW ist es, den bestehenden Jugendaustausch zu erweitern und zu vertiefen und neue Initiativen zu ermöglichen. Hierdurch soll das Verständnis füreinander verbessert, Vorurteile überwunden und Versöhnung ermöglicht werden. Das DPJW unterstützt die gemeinsame Verantwortung der Jugend für die Gestaltung eines freien Europa.

Das DPJW arbeitet subsidiär, das heißt, es fördert die Jugendzusammenarbeit nichtstaatlicher und staatlicher Initiativen und Organisationen. Das DPJW arbeitet partnerschaftlich mit Initiativen und Organisationen zusammen. Zu den Aufgaben gehören die

finanzielle Förderung des Austausches, Beratung und Information. Das DPJW steht für Organisationen, Initiativen und Einzelinteressenten zur Verfügung. Höchstes Organ des DPJW ist der Deutsch-Polnische Jugendrat. Er entscheidet über das Arbeitsprogramm und den Haushalt des Jugendwerks, diskutiert über die jugendpolitische Entwicklung in beiden Ländern und gibt Empfehlungen für die zukünftige Arbeit.

Vorsitzende des Deutsch-Polnischen Jugendrates sind:

Frau Dr. Angela Merkel, MdB,
Bundesministerin für Frauen und Jugend,

Minister Jan Maria Rokita,
Chef des Amtes des Ministerrates.

11 weitere Mitglieder je Land gehören zum Jugendrat. Je 5 Mitglieder vertreten staatliche Institutionen (Ministerien, Länder, Woiwodschaften, Kommunen) und je 6 Mitglieder nichtstaatliche Organisationen (Jugendverbände, Kirchen, Träger des Jugendaustausches).

Das DPJW wird als binationale Einrichtung gemeinsam von einem deutschen und einem polnischen Geschäftsführer geleitet. Es hat zwei Büros, eines in Potsdam und eines in Warschau.

Der Deutsch-Polnische Jugendrat tagte vom 3. bis 5. Dezember 1992 in Warschau und beschloß die folgende Aufgabenteilung zwischen den beiden Büros:

Büro Potsdam:

- Außerschulischer Austausch
- Jugendverbände / Jugendorganisationen
- kulturelle Zusammenarbeit
- kommunale Programme
- Haushalt und Finanzen

Büro Warschau:

- Schulischer Austausch
- Lehrerfortbildung
- Sportliche Jugendbildung
- Sprachförderung
- Trinationale Programme

Fachtagungen und sonstige Förderprogramme (Medien, Publikationen) den oben aufgeführten Sachgebieten werden im zuständigen Büro bearbeitet. Jedes Büro ist in seinem Aufgabenbereich für beide Länder verantwortlich. In jedem Büro arbeiten pro Sachgebiet dazu polnische und deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusammen.

Deutsch-Polnischen Jugendaustausch hat es schon vor Gründung des DPJW gegeben. Richtig ist es, von zwei deutsch-polnischen Jugendbegegnungen zu sprechen, der zwischen der DDR und Polen und der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen. Neben dem staatlich geförderten Austausch gab es immer auch die private Initiative und Förderung, wie z.B. durch die Bosch-Stiftung. Das Jugendwerk hat schon jetzt eine Vertiefung des Austauschs bewirkt. Es liegen mehr als 1000 Anträge für Begegnungsmaßnahmen für 1993 vor (etwa doppelt so viele wie früher). Das Interesse nimmt weiter zu, und für das Jugendwerk besteht die große Aufgabe, mit seinen knappen Mitteln (insgesamt ca. 6,5 Mio. DM) der großen Nachfrage gerecht zu werden, obwohl beide Regierungen für 1993 schon mehr Mittel als 1992 zur Verfügung stellten.

Jugendkontakte sollen zu einer besseren Nachbarschaft führen. Deshalb ist die Arbeit im grenznahen Raum wichtig und wird in den kommenden Jahren ein Förderschwerpunkt des Jugendwerks sein. Basis für ein gutes Auskommen ist die kommunale Partnerschaft zwischen Gemeinden beider Länder. Das DPJW will daher im Jugendbereich den kommunalen Austausch und den Aufbau dieser Partnerschaften fördern.

Im schulischen Bereich ist das Interesse polnischer Schulen an Deutschland größer, als in Deutschland das Interesse an Polen. Die Suche nach deutschen Partnerschulen für Polen ist daher eine der Hauptaufgaben, die in Zusammenarbeit mit Ländern und Institutionen (Bosch-Stiftung) gelöst werden muß.

Der Aufbau des Jugendwerks und die Förderung des Jugendaustausches

sind eine spannende Aufgabe. Gerade in dieser Zeit, wo Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus zunehmen und die Rahmenbedingungen zwischen unseren Ländern nicht ideal sind, hat der Austausch eine große Bedeutung und ist dringend notwendig, notwendiger denn je.

Ann.: Michael Lingenthal leitet die Geschäftsstelle des DPJW in Potsdam.

Vertrauen zurückgewinnen – Demokratie muß lebendig sein

Thomas Rachel

Die Parteien sind ins Gerede gekommen. Sie stecken in einer tiefen Vertrauenskrise. Übrigens nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern.

Gravierendstes Beispiel ist Italien. Dort hat die Bevölkerung kürzlich in mehreren Referenden das bisherige politische System hinweggefegt. Parteienklüngel, Korruption, festgefahrene politische Ordnung, die zur Lösung politischer Probleme unfähig war, und der Einfluß der Mafia haben das Volk erzürnen lassen. Mit überwältigender Mehrheit befürworteten die Italiener eine Änderung des Wahlrechts, die den Einfluß der Parteilisten abschaffen und den direkten Einfluß der Bürger durch die Einführung des Mehrheitswahlrechts beim Senat stärken soll. Mit ihrem Votum haben die Italiener ihren Wunsch nach fundamentaler Erneuerung des politischen Systems zum Ausdruck gebracht. Interessant auch für die deutsche Diskussion ist, daß sich die Italiener in den Referenden zusätzlich dafür ausgesprochen haben, den Parteien die Staatszuschüsse zu streichen, ausgenommen die Wahlkampfkostenerstattung. Außerdem sollen die Chefs der Sparkassen nicht mehr von der Regierung ernannt, sondern von internen Gremien gewählt werden. Glücklicherweise sind diese Zustände nicht auf Deutschland übertragbar. Aber auch hier stehen wir vor einer Bewährungsprobe unseres demokratischen Systems, vor allem der Parteien.

Frust und Mißtrauen

Nach gut 40 Jahren Nachkriegsdemokratie in Deutschland sind die Par-

teien in eine Vertrauenskrise geraten. Meinungsumfragen zufolge mißtraut jeder zweite den Politikern. Jeder vierte bleibt mittlerweile am Wahltag zuhause. Parteiverdrossenheit nicht nur, aber doch besonders bei der jungen Generation. Wird die „Partei der Nichtwähler“ demnächst Deutschlands größte Partei? Soll alles so weiterlaufen, mit dem Ergebnis, daß sich weite Bevölkerungsteile von der Politik abwenden?

Sollen sich die Bürger ändern, oder die Parteien?

Alles ist in Bewegung, aber nichts bewegt sich. Die Parteien überdehnen ihre Einflußsphären, ihre Strukturen sind in den letzten Jahrzehnten verhärtet. Unbestreitbar ist, daß viele tausend Politiker sich ehrenamtlich für ihre Kommune und ihren Lebensbereich engagieren. Sie opfern für die Allgemeinheit viel Freizeit. Zu selten wird ihnen dafür mal ehrlich gedankt. Denn selbstverständlich ist politisches Engagement in einer Zeit, in der jeder zuerst an seinen eigenen Vorteil denkt, nicht. Die Politiker dürfen nicht zum „Prügelknaben der Nation“ gemacht werden. Das Ergebnis wäre nämlich, daß keiner mehr bereit wäre, für das Gemeinwesen Verantwortung zu übernehmen und „seinen Kopf hinzuhalten“.

Unabhängig von dem unterstützungswürdigen Einsatz der vielen, die

sich in der Politik engagieren, sollten alle Parteien mal innehalten und überlegen, wo Reformbedarf besteht. Ich denke, dies würde den Parteien und ihren handelnden Personen helfen,



Thomas Rachel: Wieder mehr Glaubwürdigkeit bekommen!

wieder mehr Glaubwürdigkeit in den Augen der Menschen zu bekommen. Die Ansprüche der Parteien, Krisenmanager und Glücksbringer zu sein, können sie nicht erfüllen.

Natürlich kann eine Parteireform nicht mit einem Schlage alle Probleme der Volkspartei CDU beheben. Eine Parteireform ist kein Ersatz für gute Politik. Aber die CDU hat nur dann eine Chance, wenn sie sich ändert und erneuert und damit eine moderne Alternative zu den anderen Parteien wird. Die CDU muß sich unterscheiden als eine Partei, die aus ihren Fehlern lernt und die sich bemüht, besser zu werden. Die Union sollte eine Vorreiterrolle übernehmen, wenn es um radikale Schritte zur Vertrauensrückgewinnung geht. Denn die Wähler haben der Union bei den verschiedensten Wahlen deutlich gemacht, daß sie sich ändern muß. Wer hier zu spät kommt, den bestraft der Wähler – und zwar zu recht!

Reformschub in NRW

In Nordrhein-Westfalen drängt CDU-Generalsekretär Herbert Reul MdL zur Reform der christdemokratischen Partei. Zu diesem Zweck hat Reul eine Parteireformkommission einberufen, die nach ausführlicher Dis-

kussion für den bevorstehenden Sonderparteitag im Juli in Münster ein Antragspapier zur Parteireform vorgelegt hat. Welche Reformüberlegungen verfolgen wir nun in der Kommission?

Raus aus den „Erbhöfen“

● Die Parteien haben sich in der Vergangenheit in zu viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens vorgewagt. Ist es eigentlich notwendig, daß oftmals die Parteien über die Besetzung von Schulrektorenstellen entscheiden, Vereinsvorsitzende bestimmen oder in Aufsichtsgremien der Funkhäuser bestimmen? Die Parteien müssen der weitverbreiteten Ansicht entgegenwirken, sie machen sich den Staat zur Beute. Verzicht auf einträgliche „Erbhöfe“ im gesellschaftspolitischen Bereich und freiwillige Selbstbeschränkung können und müssen das deutliche Signal sein. Daraus kann neue Glaubwürdigkeit erwachsen.

Öffnung der Partei

● Die Bürger müssen stärker in Entscheidungen einbezogen werden. Deshalb sollte das Wahlrecht mit dem Ziel größerer Bürgerbeteiligung reformiert werden. Bürgermeister und Landräte in NRW sollen von den Bürgern direkt gewählt werden. Warum sollen der Rat oder die Fraktionsspitzen irgendwelcher Koalitionen über die Auswahl des Repräsentanten der Stadt oder Gemeinde entscheiden? Geben wir dieses Recht der Auswahl doch direkt an die Bürger zurück. Die Parteireformkommission schlägt außerdem die Einführung des in Süddeutschland bewährten „Kumulierens und Panaschierens“ vor, so daß die Bürger erstmals direkt Einfluß auf die Reihenfolge der Listenkandidaten der Parteien nehmen könnten. Die Auswahl der Ratskandidaten wäre nicht mehr eine ausschließliche Domäne der Parteien. Das Interesse der Bürger an Kommunalwahlen würde mit steigender Einflußmöglichkeit wachsen.

● Viele Mitglieder der Partei haben den Eindruck, daß ihre Meinung für den Kurs der Partei belanglos ist. Daher stellt sich ihnen immer öfter die grundsätzliche Frage nach dem Wert und dem Zweck ihrer Mitgliedschaft. Verkrustete Strukturen müssen aufgebrochen werden. Es ist erforderlich, Meinungsbildungsprozesse breiter und transparenter anzulegen. Nur als interessante und lebendige Partei können

wir mit der Zustimmung gerade der jüngeren Generation rechnen. Dies schließt eine Bereitschaft zur personellen Erneuerung ein. Was ist zu tun?

Nicht behandelt werden, sondern mitentscheiden

● Bisher haben meist wenige Delegierte die Kandidaten auf lokaler Ebene und für überörtliche Mandate ausgewählt. Künftig wird auch die Urwahl der Kommunalwahlkandidaten und der Landtags-, und Bundestags-Direktkandidaten durch alle CDU-Mitglieder im jeweiligen Wahlbezirk möglich sein. Direkte Mitwirkung und Entscheidung der Mitglieder ist die Devise.

● Bürgern, die nicht sofort an einer Mitgliedschaft, wohl aber an einer projektbezogenen, zeitlich und thematisch begrenzten Zusammenarbeit interessiert sind, sind Mitwirkungsrechte mit Stimmrecht in Projektgruppen und Arbeitskreisen der CDU zu eröffnen.

● Weitere Instrumente sind die „Schnuppermitgliedschaft“, d.h. die einjährige, beitragsfreie Mitgliedschaft „auf Probe“, Fragestunden für alle Bürger auf CDU-Mitgliederversammlungen, Verpflichtung aller Vorstände, den Antrag eines Mitgliedes auf der zuständigen Ebene zeitnah zu erörtern und das Mitglied über das konkrete Ergebnis zu informieren sowie die „Mitgliederbefragung“ zu bestimmten zentralen politischen Themen, u.a..

Demokratie muß lebendig sein dann macht „Mitmachen“ auch Spaß. Die Vorschläge zur Parteireform können dazu einen Beitrag leisten. Es zeichnet sich eine spannende Diskussion über die vorgeschlagene Parteireform ab. Jeder kann einen Beitrag dazu leisten, daß die Reformbemühungen nicht zerredet oder willkürlich blockiert werden. Am Ende der Diskussion müssen Ergebnisse stehen, die das Etikett „Reform“ auch wirklich verdienen. Wir sind es den Menschen schuldig.

Ann.: Thomas Rachel ist stellv. Landesvorsitzender des EAK in NRW und Mitglied im nordrhein-westfälischen CDU-Landesvorstand.

Kurz notiert

Thüringer „Hilfe für rumänische Kinder“ in Siebenbürgen

Der evangelische Pfarrer Funk ist Siebenbürger-Sachse aus Schönberg. Zehn Dörfer betreut er als Seelsorger: Das geht, weil die Bevölkerung des Siebenbürger Landes dezimiert ist. Niemand lebt hier mehr, der nicht muß. Ausgenommen Männer wie Pfarrer Funk. Die alten Leute seiner Gemeinde erhalten 500 Lei im Monat. Weniger als zwei Mark. Niemand kümmert es.

Die Geschichte von Dimcu, Zigeunerjungen ist kein Märchen, sie ist alltägliche Wirklichkeit in Rumänien. Dimcu ist zehn Jahre alt. Er kann weder lesen noch schreiben, seine geistige Entwicklung entspricht der eines fünfjährigen Kindes. Als Pater Don, der katholische Priester, der das Kinderheim in Cimcu schuf, ihn vor zwei Monaten aus einem leeren Stall holte, lag neben ihm sein kleiner Bruder: Verfault wie das Stroh, in dem sie lagen, aus den Ohren krochen die Würmer. Der Priester zog den willenlosen Jungen in sein Auto, ehe er sich übergab. Jetzt trägt Dimcu eine Hose, die eine Mutter in Thüringen aussortierte, sie war ihrem Sohn zu klein. Es ist vielleicht die letzte Hose, die Dimcu in seinem Leben tragen wird.

Die Hilfe, die der kleine Konvoi aus Thüringen – gestellt vom Thüringer Arbeitslosenverband, unterstützt von der „Thüringer Allgemeine“ sowie der „Thüringischen Landeszeitung“ – nach Cimcu und zwei weitere umliegende Orte tragen konnte, ist wie ein Tautropfen in der Hölle. Bücher waren dabei, Textilien, Verbandsmaterial, zur Verfügung gestellt von „Gothaplast“, Medikamente. Wichtiger als Bücher und Taschenrechner für deutschsprachige Gymnasien wäre in dem Land, wo Geldscheine zu Toilettenpapier recycelt werden, Mehl. Viele Menschen in Rumänien ringen um das elementare Leben.

Als ich Pfarrer Funke frage, was aus diesem Land in Europa werden soll, sagt er leise: „Wir müssen beten.“

(aus: Thüringer Allgemeine)

Billige Teppiche von indischen Kindern – Gegen Kinder-sklavenarbeit am Knüpfrahmen

Das Teppichgewerbe ist in die Diskussion geraten. In der indischen Öffentlichkeit prangern soziale Aktionsgruppen die schamlose Ausnutzung Minderjähriger in indischen Dorfmanufakturen an. Schon Kinder im Alter von fünf Jahren müßten oft am Knüpfrahmen arbeiten.

Zum bitteren Alltag von etwa 150.000 arbeitenden Kindern – so die Klagen – gehören typische, beim Knüpfen auftretende Krankheiten, Beschäftigung unter sklavenähnlichen Bedingungen und sogar schwere körperliche Züchtigungen. Die bestehenden Gesetze, welche die Kinderarbeit in der Teppichindustrie verbieten, werden von den Arbeitgebern meist nicht eingehalten. Und auch der indische Staat überläßt die Kinder an den Knüpfrahmen ihrem Schicksal.

Unter den Kritikern befindet sich die in Indien sehr bekannte Menschenrechtsorganisation MUKTI PRATISHTAN, ein Partner von BROT FÜR DIE WELT und TERRE DES HOMMES.

„Alle Orientteppiche, die den europäischen Käufern zum Kauf angeboten werden, sollen von erwachsenen, ausgebildeten Kräften geknüpft sein. Das ist auf einem Etikett anzuzeigen, das an jedem Teppich befestigt ist“, sagte Kailash Satyarthi vom Komitee zur Beseitigung der Kinderarbeit in Genf, in Stuttgart und in London bereits vor zwei Jahren.

Die im Komitee zusammengeschlossenen indischen Entwicklungsorganisationen wollen ernst machen. Inspektoren von drei Organisationen reisen seit Monaten durch den „carpet belt“, den Teppichgürtel in Nordindien, um die Angaben der Hersteller ohne Kinderarbeit zu überprüfen. Sie arbeiten anhand der Listen, die das Regionalkomitee der Entwicklungsorganisationen in Mirzapur von den Herstellern erhalten hat. Jeder einzelne Knüpfstuhl wird zunächst per Computer registriert, mit Namen des Besitzers, Adresse und dem auftraggebenden Exporteur.



Leserbriefe

Betr.: EV 2/93

In Ihrer Nr. 2/93 las ich den Artikel von Klaus Nötzel: **Ausgleich der Lasten**. Darin wird die Währungsumstellung im Osten als ein Geschenk an die Bewohner der ehem. DDR bezeichnet. Sicher, wir können dankbar dafür sein, nicht mehr relativ wertloses Ostgeld zu haben. Aber dieses Geschenk an die Bürger der neuen Länder war in zweiter Linie doch auch ein Geschenk an die Bürger der alten, denn das Geld floß doch weitgehend wie eine Konjunkturspritze an die Geber zurück. In Kürze gab es kaum noch gebrauchte Autos im Westen, die liefen fast alle nun hier. Und bis heute geht das weiter, daß sehr viele Produkte aus dem Westen einfach den Markt auch im Osten beherrschen. Endlose LKW-Kolonnen fahren ständig von West nach Ost mit Waren, die hier selbst hergestellt werden könnten. Hier wird die Marktwirtschaft zur Plage. Im neuen Supermarkt unserer Kreisstadt gibt es fast alles, Nudeln, Mehl, Brot, Bier, was hunderte von Kilometern weit herangekarrt wurde, und was im Umkreis der Stadt von 50-100 km auch hergestellt werden könnte. Nebenbei könnte Herr Minister Krause dann noch gleich Platz auf den überlasteten Straßen gewinnen. Aber wer zeigt der „heiligen Kuh“ Marktwirtschaft auch mal ihre Grenzen? Der Aufschwung im Osten würde schneller vorankommen, wenn nicht die harten Ellenbogen und Bandagen der im Westen in der Wirtschaft Herr-

schen das behinderten. Sicher ließe sich das alles noch viel ausführlicher an vielen Beispielen darstellen, ich fürchte nur, Sie haben nicht soviel Raum in Ihrem Blatt.

Paul-Gerhard Gleiniger
Dorfstr. 21
O-1821 Raben

Betr.: EV 2/93: Jugend und Jugendarbeit

Viele bedenkenswerte Gedanken im Blick auf Jugend und Jugendarbeit finden sich im Heft 2. Nachstehend greife ich aus dem Kästchen (mit einigen Sätzen des BMFJ gewissermaßen das Leitwort des Aufsatzes von Ingo Holzappel) nur den Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ heraus. Die sich verstärkenden Symptome einer angeblichen Ausländerfeindlichkeit der Jugend haben ihre Ursache in der versäumten effektiven Ordnungspolitik maßgeblicher Verantwortlicher in Deutschland, und zwar im Hinblick auf das Problem der Asylanten... Ausländer als wirkliche Gäste oder hier Tätige im Rahmen einer organischen Integration werden nicht als Feinde angesehen. Vielfach freuen wir uns, wenn wir einen Ausländer zu unseren Bekannten zählen dürfen. Mit der aufgesetzten und unehrlichen Propaganda, Jugendlichen, ja Deutschen schlechthin, Ausländerfeindlichkeit aufzuschwätzen, wird das Problem geradezu verschärft.

Horst Runge, Pastor em.
Carsten-Heeschen-Str. 19
2350 Neumünster

Bücher

Walter Jens: Am Anfang: Das Wort. Das Johannes-Evangelium, 128 Seiten, broschiert. Radius-Verlag, Stuttgart 1993

Das Evangelium nach Johannes ist in besonderer Weise Passionsgeschichte, ein Bedenken des Leidens und Sterbens des Jesus aus Nazareth. Neu ist die Predigt vom lebendigen Geist – in Abgrenzung gegen alles wortzerpflückende Pharisäertum der die junge Gemeinde anfeindenden Welt. Da stehen die „Rechtgläubigen, Gesetzestreuern, Schriftgelehrten, die den Buchstaben des Gesetzes bewahrten“, und ihnen entgegen die Worte Jesu, lebendige Worte, „ihr Sinn, ihr Geist“. – Problematisch indes ist die Bezeichnung Jesus als „wahrer Mensch und wahrer Gott“: eine solche „Wahrheit“ hat immer Ausgrenzung bedeutet, insbesondere Ausgrenzung der jüdischen Umwelt.

Mit der Neuübertagung des Johannes-Evangeliums schreibt **Walter Jens** sein Übersetzungswerk am Neuen Testament fort. Er entbindet die Worte Johannes' jeglicher Möglichkeit der Mißdeutung – er vermittelt ihre Botschaft in der Klarheit direkter Ansprache und ohne die antijudaistische Apotheose des Juden Jesus zu verschleiern.

Reinhard Steinlein: Die gottlosen Jahre, Rowohlt Verlag, Berlin 1993.

Die Stasi-Kontakte des früheren Konsistorialpräsidenten von Berlin-Brandenburg Manfred Stolpe haben die evangelische Kirche insgesamt in Mißkredit gebracht: Der Fall Stolpe ist zu ihrem eigenen Fall geworden. An der Frage, ob und wie weit die Kirche dem Staat entgegenkommen mußte, scheiden sich seither die Geister. Nur der direkte, vertrauliche Kontakt mit der Stasi, so verteidigt sich Manfred Stolpe, habe der Kirche die notwendigen Freiräume gesichert. Zu ganz anderen Folgerungen kommt, wer den Bericht von Reinhard Steinlein liest. Richtschnur seines Handelns waren sein Gewissen, das Gewissen eines konservativen Lutheraners, und das Erste Gebot.

Das Buch erzählt von Bischof Dibelius, der sich selber zum Bischof ernannte, um den Russen mit mehr Autorität entgegenzutreten zu können, von Martin Niemöllers kaum verhohlener Sympathie für den Sozialismus auf deutschem Boden, von der unglücklichen Rolle, die der berühmte Theologe Karl Barth in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus spielte. Es berichtet von den kirchlichen Vorbehalten gegenüber den CDU-Blockflöten und natürlich aus dem Alltag der Pfarrei: von endlosen Genehmigungsverfahren, vom Kampf gegen die staatlich verordnete Jugendweihe, von den Tücken der Zensur. Anders als viele der Verantwortlichen heute glauben machen, war Widerstand möglich, fand Pfarrer Steinlein meist einen Ausweg. „Sie scheinen es nicht zu wissen“, drohte ihm Anfang der sechziger Jahre der für Kirchenfragen zuständige Staatssekretär Seigewasser, „daß Sie zu den Leuten mit den meisten roten Strichen in der DDR gehören. Bedenken Sie: In der Französischen Revolution rollten die Köpfe von Tausenden Geistlichen.“

Bei aller Brisanz des Themas aber ist dies ein stilles Buch, eins, das nachdenklich stimmt. Es sind die auf höchst unpräzise Weise vorgetragene Bekenntnisse eines ebenso radikalen wie aufrechten Christen, der weiß, daß er nur einem Herrn dienen kann.

Udo Hahn (Hrsg.): Wer bist Du Jesus? Zeitgenossen antworten. Brendow Verlag, Moers 1993. Mit Beiträgen von Politikern und Vertretern von Kirche und weiteren gesellschaftlichen Gruppen.

„Das Ende aller Unverbindlichkeit“

„Mit diesem Ereignis“, sagte ein Management-Kollege in seiner Rede zu meinem 45. Geburtstag, „überqueren Sie die Gipfelinie Ihres fünften Jahrzehnts, und nun“, dabei sah er mich über den Brillenrand amüsiert und forschend an, „geht es unaufhaltsam und rapide abwärts auf den Höhepunkt zu, die Fünfzig.“ Ich stimmte damals in das Lachen der Gäste

ein, aber innerlich spürte ich: Da kam etwas auf mich zu, die Frage nach einer Art Lebensbilanz, mit der ich mich noch nie bewußt beschäftigt hatte. Gut, ab und an schon einmal daran gedacht. Festgestellt, daß dazu noch so viel Zeit war und übergegangen zur Tagesordnung.



Ich fuhr an jenem Abend sehr nachdenklich nach Hause und überlegte, was mein Leben ausmachte. Reichte es, eine prächtige Frau geheiratet, zwei Söhne in die Welt gesetzt, ein Haus gebaut und ein paar Bäume gepflanzt zu haben? Reicht es, am letzten Tag ein Bankkonto, eine goldene Taschenuhr, viele Aktennotizen und Briefkopien und vielleicht in den Köpfen und Herzen von etlichen Menschen ein paar gute Erinnerungen zu hinterlassen?

Da gab es einen guten Freund, Management-Trainer. Er fängt jedes seiner Seminare mit einer Aufgabe an: Stellen Sie sich vor, Sie müßten morgen früh an Ihrem eigenen Grab Ihren eigenen Nachruf halten. Was hätten Sie zu sagen? Und dann drückt er den Teilnehmern Papier und Bleistift in die Hand und erlebt Offenbarungsidee.

Was, fragte ich mich, hat überhaupt Gültigkeit? Vor meinen Augen, vor denen der Mitmenschen und letztlich vor den Augen Gottes? Kann es wirklich der letzte Sinn des Lebens sein, Güter zu sammeln, die Rost, Motten und Inflation fressen, die gefährdet sind durch Diebstahl und Undankbarkeit?

Müßte ich mich endlich einmal intensiv der Frage nach meiner Bestimmung stellen und da-

mit untrennbar zusammenhängend, der nach Gott? Jesus Christus als alles entscheidender Aktivposten in meiner Lebensbilanz?

Fünfundvierzig Jahre lang hatte ich es geschafft, mit Eleganz und einem eingeredet gutem Gewissen mir vorzumachen, daß ein gefüllter Terminkalender auch ein erfülltes Leben ist. Konnte ich das weiterhin?

Mir wurde klar: Ich lebte in einer positiven, bejahenden Haltung zur Kirche und zugleich in einer wohlwollenden Distanz zu Jesus Christus, und ich hatte nie daran gerührt, weil ich ahnte: Sich auf ihn einzulassen, war das Ende aller Unverbindlichkeit.

Mit gelegentlichen Diskussionen über Gott, mit sozialen Taten und frommen Gedanken kann man nicht die ewigkeitsentscheidende Lebensfrage beantworten: Wie wir es denn mit Jesus Christus halten?

Glaubten wir wirklich, daß Gott, der das Äußerste getan hat, sich mit Halbherzigkeit und einem Nischenplatz in unserem Leben zufrieden gibt? Wer sind wir denn?

Ein Gott, der in Jesus Christus Mensch wird, um sich uns verständlich und verstehbar zu machen, der auf diese Weise seine göttliche Unnahbarkeit durchbricht, der sich durch seinen Sohn mit uns identifiziert, das kann nur ein Gott der Liebe sein. Das ist ein Gott, der mein Vertrauen verdient, zu dem ich sagen darf und sagen kann: Abba, lieber Vater.

Karlheinz Binder

Ernst Benz: Beschreibung des Christentums. Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1993.

Das Christentum ist eines der Fundamente unserer Kultur, eine Macht, von der die europäische Geschichte und seit den großen Entdeckungen auch die Entwicklung der Welt geprägt worden ist. In der Literatur erscheint es bisher hingegen immer nur in seinen Teilaspekten – in den Kategorien von Mission und Ketzertum, Moral und Intoleranz, Politik und Diakonie. Es gab keine Darstellung des Christentums als kulturgeschichtliches Phänomen.

**Leben am offenen Grab?
Bücher über jüdisches Leben in
Deutschland**

Der eigenwillige Zugriff des Literaturwissenschaftlers **Mattenklott**, die Geschichte der Juden in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert anhand von Privatbriefen, die sie an Juden oder Nichtjuden richteten, abzuschreiten, eröffnet einen Blick in das Innenleben der Juden. Leicht ist so die selten eingestandene Tatsache belegt, daß „das gesamte politische Spektrum des Deutschen Reichs sich auch in der inneren Differenzierung der jüdischen Minderheit spiegelte“ (169).

Die Wurzel des Antisemitismus lag im Christentum, die Briefe des Schweizer Theologen **Johann Caspar Lavaters** 1769 an **Moses Mendelssohn** dokumentieren den „zeitgemäß aufgeklärten Antisemitismus“ (35). Aus der Rolle der zumeist bedrängten Minderheit war anfangs durch die Taufe herauszukommen. Marxisten und die junge SPD taten die „Judenfrage“ leichtfertig als „Scheinproblem“ ab, das sich durch die Neuordnung der Arbeitsverhältnisse lege. Nach der blutigen Lösung der Judenfrage in Deutschland knüpft die Feststellung des Essayisten **Boehlich**, „in vernünftigem Sinne“ sei er kein Jude (165), an die emanzipatorische Losung an: „Den Juden als Individuen alles, den Juden als Volk, das heißt mit **Gerschom Scholem**: als Juden nichts“.

Das Buch beschließen Gespräche mit den deutschen Juden **Julius H. Schoeps**, **Doran Kiesel**, **Micha Brumlik**, **Walter Boehlich** und **Peter Lilienthal**, die um das Leben von Juden in Deutschland seit 1945 kreisen. Deren Mehrzahl ist osteuropäischen Ursprungs (135). Rückkehrwillige kämpften wie die Mutter **Brumliks** mit dem Gefühl, „wie an ein offenes Grab zu treten“. Beschämend einäugig suchte **Mattenklott** kein Gespräch mit deutschen Jüdinnen.

Georg L. Mosse, 1918 in Berlin geborener Historiker in Wisconsin und Jerusalem, stellt in seinem Büchlein „**Jüdische Intellektuelle in Deutschland. Zwischen Religion und Nationalismus**“ die Entstehung des deutsch-jüdischen Denkens in der Aufklärungs- und jüdischen

Emanzipationszeit und dessen Entwicklung dar. Der Originaltitel „**German Jews beyond Judaism**“ markiert den mittlerweile verlassenen Ausgangspunkt deutsch-jüdischer Kultur: „In den leeren Raum zwischen christlicher Tradition und Judentum als Offenbarungsreligion trat das Bildungsideal“ (73), das Juden und Nichtjuden, u.a. die Klassiker **Herder – Goethe – Schiller**, gemeinsam entwickelten.

Während jüdische Intellektuelle an diesem gemeinsamen Ideal festhielten, traten viele Deutsche die Flucht in „eine tiefe Strömung völkischer Frömmigkeit“ (63) an, die sich mit germanischen Mythen schmückte. Jüdische Intellektuelle, die auf dem Bildungsideal beharrten, nennt **Mosse** „Mythenaustreiber“ (80). Die Wurzeln des Bildungsideals und der Toleranzvorstellungen in der Tradition jüdischer Schriftenauslegung übergeht er zu schnell. Eine Predigt des Münchener Rabbiner **Cossmann Werner** von 1910 illustriert die deutsch-jüdische Traditionsspur, der spätestens im „Dritten Reich“ ein gewaltsames Ende gesetzt wurde: **Werner** kritisierte die Taufe vieler Juden nicht als Aufgabe des jüdischen Glaubens, sondern als Verbrecher an der Menschheit, „denn Jude zu sein, heißt menschlich zu sein“ (439) – und den Menschen zeichnet seine Bildung aus.

Martin Buber, so **Mosse**, band zu Beginn des 20. Jahrhunderts den stets zukunftsgerichteten Bildungsbegriff an seiner jüdischen Wurzel an. So wird, strukturell dem nichtjüdischen Denken in Deutschland ähnlich, das Volk als Faktor ernst genommen und dem Zionismus die Tür geöffnet, dem alles in allem zukunftssträchtigen Weg aus den gescheiterten Idealen der deutsch-jüdischen Tradition.

Eigneten sich die gerade emanzipierten Juden anfangs wegen der Emanzipation deutsche Kultur an, wandten sich die von den Nazis bedrohten Juden der entwickelten deutsch-jüdischen Tradition zu, die auf nichtjüdischer Seite aufgekündigt war. 1933, bei der Gründung des „Kulturbundes deutscher Juden“ betonte dessen Vorsitzender **Julius Bab**, sie zö-

gen sich damit nicht in das Ghetto zurück, sondern sie wollten die große deutsche Kultur pflegen, deren Boden sie genährt habe.

Der Geschichte dieser gespenstigen Theaterwelt, die für Nichtjuden verschlossen war, spürten **Henryk M. Broder** und **Eike Geisel** nach, die einen informativen bebilderten Band „**Premiere und Pogrom. Der Jüdische Kulturbund 1933-1941. Texte und Bilder**“ im **Siedler Verlag** vorlegen, der erste Bekanntschaft mit dieser geheimnisvollen Einrichtung auf der Grundlage vieler Erinnerungen eröffnet.

*Viel Kälte ist unter
den Menschen,
weil wir nicht
wagen, uns so
herzlich zu geben,
wie wir sind.*

Albert Schweitzer

Sieben Vorlesungen, die in München gehalten wurden, legt der **Beck-Verlag**, der die Vorlesungsreihe finanziert hatte, vor.

„**Die Juden in der europäischen Geschichte**“ (**BsR** 496). **Eberhard Jäckel**, Historiker aus Stuttgart, schildert, wie mühselig sich die Geschichtswissenschaft bis heute mit der Vernichtung der Juden während des „Dritten Reichs“ befaßt. „Geradezu anstößig“ (25) sei die Verwendung des Begriffs „Holocaust“, der griechischen Übersetzung des von **Luther** mit „Brandopfer“ übersetzten Wortes in **Genesis 22,2**: Gott fordert **Abraham** auf, seinen geliebten Sohn **Isaak** zum Brandopfer zu opfern. **Hitler** liebte seine Opfer nicht und die biblische Geschichte endet mit dem Verzicht auf das Brandopfer. Statt dieser begrifflichen Ungeheuerlichkeit bezeichnet **Jäckel** „das Ereignis als den Mord an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg“ (26). Für die fehlende Sorgfalt der Edition spricht, daß die Bibelstelle unverständlich angegeben ist.

Amos Finkeenstein, israelischer Historiker und Philosoph, zeichnet gut verständlich die dialektischen Beziehungen der

„Konfrontationskulturen“ (33) Christentum und Judentum im Mittelalter nach. Kein Gesetz habe „einem streng orthodoxen Juden verboten, auch heute, von der Messianität Jesu überzeugt zu sein“ (34). Anfangs war das Christentum nichts anderes als eine „jüdisch-apokalyptische Sekte“ (34). **David Sorkin**, Historiker aus Wisconsin, nimmt sich der von **Mosse** vernachlässigten „religiösen Quellen der Toleranz“ an. „Juden und Aufklärung“ ohne diese erwähnten christlichen und jüdischen Wurzeln wäre der aufklärerische Schwung nicht möglich gewesen.

Michael A. Meyer geht der Frage: „Soll und kann eine ‚antiquierte‘ Religion modern werden?“ nach und wertet christliche und jüdische Äußerungen des 19. Jahrhunderts aus. **Blamabel** ist seine Entdeckung, „nirgendwo unter den maßgeblichen christlichen Theologen in Deutschland, Äußerungen gefunden zu haben, die auf ein Gefühl der Solidarität mit dem sich reformierenden Judentum hätten schließen lassen“ (83).

Wer der immer wiederholten Rede vom „Weltjudentum“ nicht auf den Leim gehen möchte, lasse sich von der **Tel-Aviver Historikerin Shulamit Volkov** über „Juden und Judentum im Zeitalter der Emanzipation. Einheit und Vielfalt“ informieren. Der israelische Historiker **Jehuda Reinharz** klärt über „jüdische Identität in Zentraleuropa vor dem Zweiten Weltkrieg“ auf und stellt dabei das Aufkommen des Zionismus vor. Abschließend geht **Saul Friedländer**, Historiker in **Tel Aviv** und **Los Angeles**, auf das mißliche Problem ein, wie „Trauma, Erinnerung und Übertragung in der Darstellung des Nationalsozialismus und des Holocaust“ sich verbinden müssen. Nach der Lektüre der insgesamt 151 Seiten weiß man, warum „die ‚Endlösung‘ ihren Historiker noch nicht erfunden hat“ – (145), wie **Friedländer** feststellt. Das verträgt sich nicht mit der Selbstsicherheit insbesondere deutscher Historiker, die sich als vermeintliche Fachleute von der deutschen Gesellschaft die Befassung mit unserer heiklen Vergangenheit gerne zuschieben lassen, ist aber ein Zeichen dafür, daß manche deren Seiten unvorstellbar sind. (**Andreas Meier**)

Aus unserer Arbeit

Unbehagen über die Untätigkeit des Westens

Siegen. Die Ratlosigkeit darüber, was der Westen, was die UNO tun könnten, um den Krieg im ehemaligen Jugoslawien zu beenden, prägte auch eine Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Siegen. „Wir tragen Verantwortung für unser Tun; aber auch für unser Nichtstun“ lautete das Thema des Abends. Die engagierten Zuhörer wurden in drei fachkundigen Referaten über Aspekte des Geschehens bzw. möglichen Vorgehens des Westens informiert.

Der kroatische Arzt **Dr. Mirosław Matijević** legte die historischen Hintergründe des Konflikts dar. Der CDU-Landtagsabgeordnete **Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg**, stellvertretender EAK-Vorsitzender von NRW, berichtete über die humanitären Hilfeleistungen sowie unsäglich Grausamkeiten im Vorgehen der serbischen Eroberer, und **Friedemann Schwarzmeier**, Oberkirchenrat beim evangelischen Militärbischof, verdeutlichte den Konflikt um Gewaltanwendung und friedfertiges Beiseitestehen aus christlicher Sicht.

Der stellvertretende Vorsitzende des EAK Siegen-Wittgenstein, **Rüdiger Heupel**, hatte zu Beginn der Veranstaltung in der Siegerlandhalle die Frage gestellt: „Dürfen wir als Christen da bloß zuschauen?“. Das Dilemma des Christen sei allerdings unübersehbar, Gewalt verhindern zu sollen, ohne Gewalt zu tun. Heupel gab insofern der Diskussion eine Richtung, als er erklärte: „Wir können uns zukünftig nicht mehr hinter unserem Grundgesetz und umfangreichen Geldzahlungen verzeihen.“

Zur Entwicklung rechtsradikaler Parteien und Gruppierungen

Bonn. Unter dieser Überschrift fand ein gut besuchter Gesprächsabend mit **Dr. Hans-Joachim Veen**, Leiter des Arbeitsbereichs „Forschung und

Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung, statt. Dr. Veen diskutierte mit den Teilnehmern Vorschläge, wie man der zunehmenden Gewalt von rechts in Zukunft wirksam begegnen könne.

Zuvor haben die Neuwahlen zum EAK-Kreisvorstand Rhein-Sieg stattgefunden. Neuer Kreisvorsitzender wurde: **Friedmann Schwarzmeier** (Bad Honnef).

Die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen den Evangelischen Kirchen und dem Land Sachsen-Anhalt

Magdeburg. Die Evangelische Landeskirche in Sachsen-Anhalt und die Landesregierung in Sachsen-Anhalt stehen kurz davor, ihre Beziehungen in einem Staatsvertrag zu ordnen.

60 Jahre lang standen sich atheistische Regime und Evangelische Landeskirchen gegenüber. Diese Erfahrung hat die Gemeinden, aber auch die Verantwortlichen der Kirchen geprägt. Heute besteht nun die Möglichkeit, auf der Grundlage der Verfassung des Landes Kooperationen und Absprachen neu zu regeln. Neben vielen Einzelfragen gilt es auch, die Grundsätze der Zusammenarbeit bei Wahrung der Eigenständigkeit neu zu bedenken.

Die Landesregierung und die Kirchenleitungen legten einen Vertragsentwurf vor, der wegen seiner besonderen Bedeutung schon im Entwurfsstadium von den Synoden und den Fraktionen im Landtag diskutiert und auf seine Akzeptanz hin geprüft werden soll. Der Evangelische Arbeitskreis in Sachsen-Anhalt nahm sich dieses Themas gerne an, um auf einer öffentlichen Veranstaltung den Boden für dieses wegweisende Vertragswerk zu ebnet.

Anwesend waren u.a. Herr Konsistorialpräsident **Dr. Johnsen** als Vertreter der Kirchenprovinz Sachsen sowie Herr **Dr. Vulpus** als Vertreter des Kultusministeriums.

Es gilt mit diesem Vertrag als erstes der neuen Bundesländer Neuland zu betreten, d.h. Bewährtes fest zu vereinbaren, aber auch die Zeichen der Zeit richtig zu deuten.

Was ist neu an diesem Vertrag? Es fehlt in diesem Vertrag jegliche Konsultationspflicht vor den Wahlen in ein Bischofsamt. Eine entsprechende Klausel würde im Osten auf pures Unverständnis stoßen.

Der Diskussionsabend des Evangelischen Arbeitskreises unter Leitung des Vorsitzenden **Jürgen Scharf**, MdL, brachte die interessante und beinahe revolutionäre Variante einer Abberufungsmöglichkeit bei Unvereinbarkeit des Lehrenden mit Bekenntnis und Lehre der Kirche in die Überlegungen ein. Ob die Vertragspartner bereit sind, so neue Wege zu gehen (die auch die Diskussion um geltende Staats-Kirchen-Verträge neu aufleben lassen würde), bleibt abzuwarten.

Klar ist aber schon jetzt: Die Zeiten der gesellschaftlichen Ausgrenzung der Kirchen sind vorbei. Die Partner regeln Kooperation und Absprachen auf grundrechtlich gesichertem Fundament in freier Zuwendung zueinander soweit sie es für nötig erachten.

SED-Staat: „Der Jugend Rückgrat gebrochen“

Montabaur. Atemlose Stille herrschte im vollbesetzten großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung Montabaur, als der Vorsitzende der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der DDR Vergangenheit, Pfarrer **Rainer Eppelmann**, über das Alltagsleben im real existierenden Sozialismus berichtete.

Es gelang Eppelmann, die gewohnte Atmosphäre eines politischen Vortrags zu durchbrechen und das Gefühl persönlicher Betroffenheit auf die Zuhörer überspringen zu lassen. Der Referent verstand es meisterhaft, die zahlreichen Demütigungen, Schikanen und Erniedrigungen anhand konkreter Einzelbeispiele lebendig werden zu lassen und die Folgen zu deduzieren, die sich für Charakterbildung und Selbstwertgefühl der Bevölkerung ergeben.

Der Vorsitzende des evangelischen Arbeitskreises, Herr Dr. med. **Heinz Jürgen Fischbach**, schloß die Versammlung mit einem Appell an die evangelische Kirche, ihrer geistlich – seelsorgerischen Verantwortung stärker als bisher gerecht zu werden.

CDU-Politikerin berichtete von der Situation auf dem Balkan

Aachen. – Die Lage im ehemaligen Jugoslawien war Thema der Bezirksversammlung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Aachen. Von zahlreichen Reisen in den Krisenherden auf dem Balkan berichtete die Abgeordnete des Europäischen Parlaments, **Doris Pack**.

Die CDU-Politikerin, die in ihrer Funktion als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Jugoslawien vor Ort war, ist ungehalten über die Kurzsichtigkeit der europäischen Außenpolitiker, die die Gefahr einer Internationalisierung des Krieges ignorieren. Nach Meinung von Frau Pack droht der Übergriff von Serben auf Mazedonien, das von den Serben als Südserbien bezeichnet wird.

Der EAK-Bezirksvorstand verabschiedete eine Resolution zum Krieg in Jugoslawien.

Bundestagspräsident a.D. Kai-Uwe von Hassel wurde 80

Kai-Uwe von Hassel vollendete am 21. April sein achtzigstes Lebensjahr.

Der im Januar 1963 von Schleswig-Holstein an den Rhein umgesiedelte CDU-Mann prägte den politischen Alltag in Bonn ganz wesentlich mit: vor allem als Präsident des Deutschen Bundestages, zu dem ihn – von der CDU/CSU-Fraktion vorgeschlagen – das Parlament 1969 als Nachfolger von Eugen Gerstenmaier gewählt hatte. Als er drei Jahre später – die SPD war 1972 stärkste Partei geworden – als Vizepräsident ins zweite Glied zurücktreten mußte, gab es keine Fraktion im Hohen Hause, die ihm für seine faire und kluge Amtsführung nicht großen Respekt gezollt hätte. Ja, die von ihm maßgeblich entworfenen „Verhaltensregeln für Abgeordnete“ haben gerade in diesen Tagen wieder hohe Aktualität erfahren; denn sie verpflichten alle Bonner Parlamentarier, „jede vergütete Nebentätigkeit“ unverzüglich dem Bundestagspräsidium anzuzeigen.

Lange Jahre gehörte er dem EAK-Bundesvorstand an. 1986 schied er als stellvertretender

EAK-Bundesvorsitzender aus, blieb der Arbeit des EAK aber weiter sehr verbunden.



Podiumsdiskussion „Erfahrungen im gemeinnützigen Krankendienst“ von links Walter Schweihof (Vincentinum-kathol.) Schweihof, Angelika Schläfer, Rektor Hans Joachim Katt, Dr. Adrian Eisenberger, alle Evang. Diakonissenanstalt Augsburg, Max Strehle, MdL am Rednerpult, Walter Kramer (Diakon-Anstalt) Dieter Nolden Verband der Ersatzkasse Nordschwaben Augsburg – ganz rechts nicht im Bild Dr. Herbert Günther EAK Augsburg-Land.

Zum Tode von Dr. Henning Schwarz

Am 13. April 1993 ist Minister a.D. Dr. Henning Schwarz im Alter von 64 Jahren verstorben.

Die CDU des nördlichsten Bundeslandes verliert mit ihm eines ihrer angesehensten Mitglieder. Henning Schwarz, Sohn des ehemaligen Bundeslandwirtschaftsministers Schwarz, von Beruf Rechtsanwalt und Notar, gehörte von 1969 bis 1988 verschiedenen Kabinetten als Justizminister und als Bundesratsminister an, etliche Jahre als stellvertretender Ministerpräsident, in der 11. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtags als geschäftsführender Ministerpräsident. Diese Zeit hat ihn in besonderer Weise ins Blickfeld der Öffentlichkeit gebracht, als er in schwierigen Wochen und Monaten die Landesregierung zu führen hatte.

Henning Schwarz war ein durch seine christliche Überzeugung geprägter Politiker. Dieser Grundhaltung entsprach es auch, daß er eine Reihe wichtiger kirchlicher Ehrenämter in der Nordelbischen Kirche und auf der Ebene der EKD bekleidete. Besondere Verdienste erwarb er sich als Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Schleswig-Holstein im Zeitraum von annä-

hernd zwei Jahrzehnten. Mit seiner Fähigkeit zur Integration, seiner Kraft zum Ausgleich und mit großem menschlichen Engagement gelang es ihm, das Gespräch zwischen der Evangelischen Kirche und der CDU lebendig zu halten. Auch bei kontroversen Themen galt er stets beiden Seiten als vertrauenswürdiger Partner, der sich durch ein sachliches Urteil und durch Verständnis auch gegenüber Andersdenkenden auszeichnete.

Henning Schwarz plädierte für Maß und Sachlichkeit auch, als er in den Jahren 1987 und 1988 als geschäftsführender Ministerpräsident für Geschehnisse verantwortlich gemacht wurde, die er nicht zu vertreten hatte. So blieb er sich selber treu, bis er im Frühjahr 1988 aus der aktiven Politik ausschied. In den letzten Jahren stellte er im Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern seine langjährigen politischen Erfahrungen beim Aufbau rechtsstaatlicher Verhältnisse in den dortigen Hochschulen zur Verfügung.

Als Mensch und Politiker, der sich in seinem Handeln von christlichen Grundsätzen und Überzeugungen leiten ließ, wird er Freunden und Weggefährten lange unvergessen bleiben.

Postmoderne Religion – Vermittlung des Glaubens

Karlsruhe. „Postmoderne Religion – Einstellungen der jungen Generation in Ost- und Westdeutschland“ - war das Thema des Theologischen Abendgesprächs des EAK Karlsruhe. Der Landesjugendpfarrer der Evangelischen Landeskirche Baden, **Dr. U. Fischer**, stellte die im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland herausgegebene Studie „Jugend und Religion“ wie auch die jüngst erschienene Shell-Studie „Jugend 92“ vor. Die Bewertung ihrer Tendaussage: „Religion wird radikal zur Privatsache“, der Prozeß der Individualisierung von Religion unter jungen Menschen schreitet rasch voran – sowie aus den Studien abzuleitende Handlungskonsequenzen standen im Mittelpunkt des Abendgesprächs.

Nicht entscheidend dürfe die Frage sein, wie wir als Kirche besser „rüberkommen“, schon gar nicht PR-mäßig Glauben als „Ware“ anzubieten, um ihn konsumierbar zu machen. Nach dem heute vertretbaren und zu verantwortenden Zeugnis der Botschaft vom Kreuz müsse gefragt werden, von der wir glauben, daß sie versöhnt und befreit.

Die personale Vermittlung des Glaubens sei hierbei von zentraler Bedeutung, stärkere Gewichtung also der Seelsorge und der Beratung in der Jugendarbeit. Die Lebenswirklichkeit Jugendlicher sei wahr- und ernstzunehmen, diese Wirklichkeit auf ihren religiösen Charakter hin zu befragen und zu deuten. Die Entwicklung einer Lebenswelthermeneutik sei zu überlegen, bei der religiöse Elemente von Alltagserfahrung übersetzt werden könnten. Diesen Übersetzungsvorgang zu leisten, müsse sich Kirche und Theologie in besonderer Weise auf die Wirklichkeit Jugendlicher und deren sprachlicher und kultureller Gestaltung einlassen.

Die Lebensgesetze der Völker und die multikulturelle Gesellschaft

Montabaur. Das heute vielerorts angestrebte Zusammen-

wachsen der Menschheit zu einer globalen Einheit („One – world – Ideologie“) war für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU Westerwald Anlaß, das Thema in theologischer und gesellschaftspolitischer Hinsicht grundlegend zu beleuchten.

Der Stuttgarter Mathematiker **Prof. Dr. Bodo Volkmann** sprach in seinem Vortrag die kulturhistorisch-politische Dimension des Problems an.

Ausgehend von der weltweit zu beobachtenden, dramatisch fortschreitenden Umweltzerstörung, forderte Volkmann eine Modifizierung und vorsichtige Begrenzung der Souveränität aller Staaten der Erde.

Begrifflich stark zu trennen von der Souveränität sei die Identität der Völker. Letztere gelte es zu erhalten, weil nur intakte, leistungsstarke Gesellschaften einander weltumspannend helfen könnten. Die Hilfe stellte sich Volkmann in erster Linie als interkontinentalen Austausch von Fachkräften und Spezialisten vor. Den Entwicklungsländern fehle es nicht in erster Linie an Geld und Rohstoffen, sondern an gut ausgebildeten Fachkräften. Leider seien zur Zeit nur wenige Menschen bereit, einige Jahre ihrer beruflichen Karriere zu opfern, um in Übersee einheimische Arbeitnehmer anzulernen und zu beraten. Bequemlichkeit und Konsumdenken des Westens seien an dem Elend der Länder der 3. Welt mindestens in genau so starkem Maß Schuld, wie die Schäden des früheren Kolonialismus.

Einladung zum Kirchentag

Vom 9.-13. Juni 1993 findet der 25. Deutschen Evangelischen Kirchentag auf dem Messegelände in München statt.

Der EAK nimmt mit einem Informationsstand auf dem 'Markt der Möglichkeiten' teil. Sie finden unseren Stand in Halle 15 (Standnummer: 15 C 13). Der 'Markt der Möglichkeiten' ist geöffnet von (Do) 10. – (Sa) 12. Juni, jeweils von 10-18 Uhr.

Unter dem Stichwort 'Umbruch in Europa' laden wir Kirchentagsbesucher ein, mit Bundes-, Landes- und Europapoliitikern zu diskutieren.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Dr. Angela Merkel, Dr. Werner Dollinger, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 20,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

0 Bonn
t

Aus dem Inhalt:

Liebe Leser	1
Neue Horizonte – neue Herausforderungen: Europa und die neuen Länder	1
Europa im Entscheidungsjahr 1993	3
Jugend und Europa – Analysen, Instrumente und Visionen	6
Das deutsch-polnische Jugendwerk	8
Vertrauen zurückgewinnen – Demokratie muß lebendig sein	9
Kurz notiert	11
Bücher	12
Aus unserer Arbeit	14

Unsere Autoren:

Ministerin
Christine Lieberknecht
Simrockstr. 13
5300 Bonn 1

Klaus Weigelt
11, Avenue de l'Yser
B-1040 Brüssel

Wolfgang Lenz
Grünwalder Str. 771 a
5650 Solingen 1

Michael Lingenthal
Friedhofsgasse 2
O-1560 Potsdam

Thomas Rachel
Baumschulallee 32 a
5300 Bonn 1

100% Altpapier
chlorfrei hergestellt

Meditation über Johannes 16, 16-23

„Noch eine kleine Weile, dann werdet Ihr mich nicht mehr sehen; und abermals eine kleine Weile, dann werdet Ihr mich sehen“: Diese Sätze Jesu erwarten von uns Menschen, was Jesus auch von seinen Jüngern gefordert hat: Glauben an seine Worte, auch wenn dies angesichts einer ungewissen Zukunft vieles von uns abverlangt. Wir müssen bereit sein, uns auf diese ungewisse Zukunft im Vertrauen auf Jesus einzulassen. Die Worte Jesu machen den Unterschied zwischen Wissen – Gewißheit, Nachvollziehbarkeit, Besitz von Fakten, was wir Menschen uns so sehr wünschen, und Glauben deutlich.

Glauben setzt bedingungsloses Verlassen, sich Einlassen auf und mit einem anderen voraus, ohne alles zu verstehen, zu wissen, greifbar vor sich zu haben. Glauben verlangt, daß ich mich in die Hand eines anderen begeben, ohne Sicherheiten zu haben, daß ich etwas Unverständliches und letztlich nicht Greifbares in mir bewahre, daß ich bereit bin, meinen Lebensweg in diesem Bewußtsein zu gehen. Nur wenn wir Menschen diese Bereitschaft haben, uns auf Jesus und auf die von ihm angebotene Hoffnung einzulassen, können wir auch seine Worte verkraften und in ihnen eine ungeheure Hoffnung erkennen: „Noch eine kleine Weile, dann werdet Ihr mich nicht mehr sehen; und abermals eine kleine Weile, dann werdet Ihr mich sehen“.

Wer aber gibt sich denn mit solchen Worten zufrieden, noch dazu in einer Situation, in der die Jünger die alles für Jesus aufgegeben haben, die sich auf ihn eingelassen haben und ihr Leben für ihn geben wollen, Gewißheit darüber haben wollen, wie es weitergeht. Er aber spricht in Rätseln – und das jetzt, wo die Jünger genau spüren, daß die Zeit knapp wird.

Jesus nimmt, wie oft im Neuen Testament, das Zweifeln der Jünger zum Anlaß, seine Worte noch einmal in ein Bild zu fassen. Bei der Geburt eines Menschen, bei der die F zunächst Schmerzen ertragen muß, um am Ende die Freude über die Geburt ihres Kindes zu empfinden, so werden auch bei den Jüngern und bei uns Menschen aus der Angst, der Trauer und dem Schmerz über das Zurücklassen des Menschen durch Jesus am Ende Hoffnung und Freude folgen, wenn wir uns vertrauensvoll auf ihn einlassen. Für mich ist diese bildhafte Erklärung Jesu überzeugend. Die Jünger stellen sie nicht in Frage.

Jesus geht noch einen Schritt weiter. Zum Abschluß verspricht er ihnen: „Wenn Ihr den Vater um etwas bitten werdet in meinem Namen, wird er's Euch geben“. Dies ist eine für den Menschen unglaublich tröstliche und frohe Botschaft an einem Tag, der von Ungewißheit und Verzagtheit erfüllt ist. Aber an hier verlangt Jesus von uns Menschen, daß wir uns tatsächlich auf sein Angebot einlassen, daß wir die innere Bereitschaft dazu haben.

„Vertrauen wagen“ - das war eine der DDR-Kirchentaglosungen in den 80er Jahren. Ein schwarzes Plakat mit weißen Händen und diesem Spruch hing viele Jahre in der Küche meiner Berliner Wohnung. Ich habe mich abends, nach der Arbeit in der Akademie der Wissenschaften, nach den täglichen und immer wieder erlebten Erfahrungen mit zum Teil offenem, zum Teil subtilem politischen Druck oft gefragt: Soll ich wirklich mit den Uneinsichtigen, Hartherzigen, Stumpfen und Unnachgiebigen „Vertrauen wagen“ - lohnt sich das? der Spruch an der Wand meiner Küche war wie eine kleine Spitze, die mich täglich mahnte. Ich habe immer wieder Vertrauen gewagt, und es hat mich lebendig erhalten... **Angela Merkel**